Chile: Verrat der modernen Revisionisten Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 7. September 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

MORDDROHUNG DER D'K'P GEGEN ERNST AUST

-eine unverschämte Provokation der D'K'P-Sozialfaschisten gegen den Vorsitzenden der KPD/ML

In das Hamburger Parteibüro kam vergangene Woche zweimal ein Mann, der vertraulich mitteilte, er habe aus Kreisen der D„K"P erfahren, daß die D„K"P plant, den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, zu ermorden. Der Informant kauft seit längerer Zeit Literatur im Parteibüro und macht einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Es ist auch nicht das erstemal, daß von den D„K"P-Revisionisten eine solche Drohung ausgeht. Vor allem zur Zeit der Gründung der KPD/ML schmiedeten sie bereits Mordpläne gegen Genossen Aust und versuchten, ihn mit Drohbriefen und -anrufen einzuschüchtern. Das Gegenteil gelang ihnen. Die Information über diesen neuen ungeheuerlichen faschistischen Mordplan wird umso glaubwürdiger, wenn man sieht, welchen Terror die Revisionisten der D„K"P verstärkt gerade in den letzten Tagen gegen Parteigenossen und Sympathisanten entfaltet haben. Es handelt sich dabei keineswegs um Einzelaktionen einiger aufgehetzter Revisionisten, sondern um eine planvolle Terrorwelle der revisionistischen Partei. Die Tatsachen aus der letzten Zeit beweisen das.

– Ein Sympathisant der Partei in Hamburg, der früher engere Kontakte zur D„K"P hatte, teilte uns mit, daß ihm von D„K"P-Funktionären prahlerisch gesagt wurde: Es sei jetzt Anweisung ihrer Partei, Terror gegen unsere Genossen auszuüben. Man werde gegen unsere Thälmanndemonstration vorgehen, unsere Genossen zusammenschlagen und mit Steinen bewerfen und auch ihn persönlich zusammenschlagen, weil er mit uns sympathisiere.

– Bei der Schlußkundgebung am Hause Ernst Thälmanns in Hamburg waren dann auch 30 D„K"P-Revisionisten im Hause verborgen. Sie wagten sich allerdings erst hervor, als die Kundgebung beendet war und ihnen die Polizei die Dreckarbeit abgenommen hatte, indem sie die Ehrenwache der Partei niederschlug und festnahm. Die Revisionisten schändeten die Kränze, die vorher zu Ehren Ernst Thälmanns niedergelegt worden waren. Sie schnitten die roten Schleifen ab, auf denen stand: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution!" – „Ernst Thälmann lebt." Die weißblauen Kränze des Hamburger Senats ließen sie unberührt.

– Kurz vor der Demonstration der Partei zu Ehren des Genossen Ernst Thälmanns wird ein Sympathisant der Partei, ein Arbeiter, der der D„K"P-Verräterpartei den Rücken gekehrt hat, auf dem Nachhausweg von D„K"P-Leuten überfallen, in ein Gebüsch gezerrt und übel zusammengeschlagen. Er hat ein völlig verschwollenes Gesicht, zerschundene Lippen und verschiedene Prellungen. Der Genosse konnte einen der D„K'P-Schläger erkennen. Er heißt Arthur Kloth.

– Auf zahlreichen Veranstaltungen der Partei im Raum Wasserkante wurde in den letzten vier Wochen beobachtet, daß D„K"P-Funktionäre anwesend waren. Sie verhielten sich auf diesen Veranstaltungen ruhig. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Funktionäre mit der Partei sympathisieren und deshalb zu den Veranstaltungen kommen. Näher liegt die Vermutung, daß sie sich unsere Genossen – vor allem die, die aktiv für die Partei auftreten – näher ansehen wollen.

– Was am Dienstag, den 27.8. in Kiel Gaarden passierte, ist ein vorläufiger Höhepunkt der Terroraktionen der D„K"P-Revisionisten gegen Kommunisten.

– Ein Genosse der KPD/ML (er ist Leiter des Parteibüros in Kiel) geht von Haustür zu Haustür und spricht mit den Leuten über den „Roten Antikriegstag". Als er in einem Haus gerade im vorletzten Stockwerk mit einigen Leuten gesprochen hatte, kam vom obersten Stockwerk ein etwa 30-jähriger Mann und schrie: „Verlassen Sie das Haus, ich habe hier Hausrecht." Der Genosse ließ sich nicht beirren. Er ging weiter von Tür zu Tür. Während er mit den Leuten sprach, hielt sich der andere Herr ganz still, kaum war die Tür geschlossen, versuchte er, den Genossen zu vertreiben. Wer nun annimmt, bei diesem Herrn würde es sich um einen reaktionären Hausbesitzer handeln, der irrt. Es handelt sich um das D„K"P-Mitglied Hoffmann. Herr Hoffmann schickte, während Genosse Möller noch im Haus agitierte, seine Frau mit dem Auftrag weg,sie „solle die Genossen holen." Als Genosse Möller nach unten gehen wollte, schlich ihm Hoffmann nach. Er gab ihm plötzlich einen heftigen Stoß von hinten, daß der Genosse den ganzen Treppenabsatz hinunterstürzte. Genosse Diethard Möller berichtet: **„Als ich langsam wieder aufstand, sah ich das grinsende Gesicht dieses Revisionistenschweines. Ich spürte starke Schmerzen im rechten Oberarm und an der Schulter. Nur mit äußerster Anstrengung konnte ich mich zu einem Genossen schleppen. Er brachte mich sofort zur Klinik. Das Ergebnis dieses faschistischen Anschlags: Zahlreiche Prellungen, Blutergüsse, besonders im rechten Oberarm und rechten Fußgelenk, eine Knochenabsplitterung an der Knochenpfanne der rechten Schulter.**

Fortsetzung auf Seite 6

Roter Antikriegstag

Krieg dem imperialistischen Krieg! Unter dieser Hauptparole rief die KPD/ML mit ihrer Jugendorganisation der ROTEN GARDE, am Roten Antikriegstag in mehreren Städten in Westdeutschland und in Westberlin zu Demonstrationen auf.



Demonstration der KPD/ML zum Roten Antikriegstag in Gelsenkichen

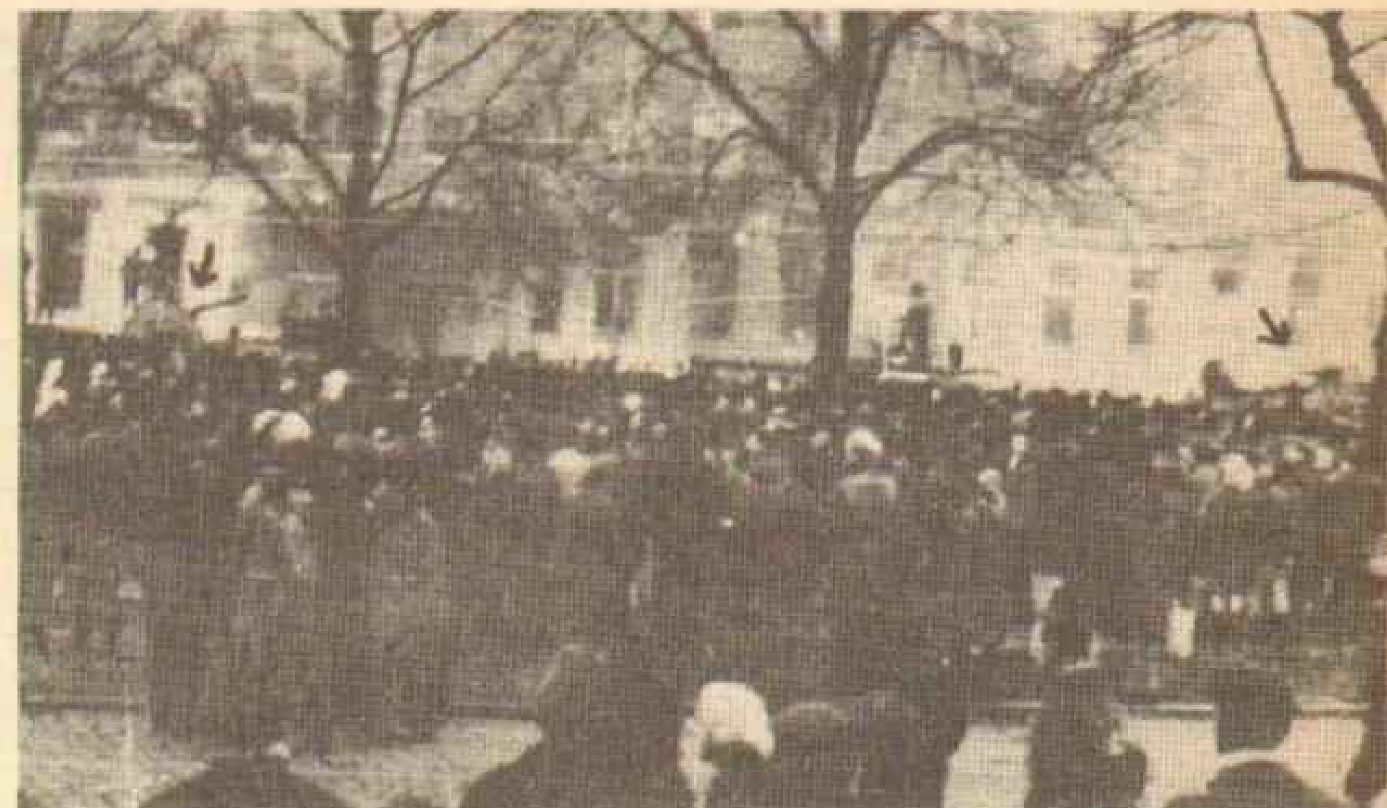
In Gelsenkirchen, wo die Demonstration für das Ruhrgebiet stattfand, wurde zuvor durch Hausagitation in den Arbeitervierteln auf den Roten Antikriegstag aufmerksam gemacht. Dabei wurden neue Kontakte geknüpft. Genossen lernten zum Beispiel eine junge Frau kennen, die zwei Wochen lang bei den D„K"P-Revisionisten mitgearbeitet hatte, dann aber die Nase gestrichen voll hatte. Auch sie war der Meinung, daß die Kriegsgefahr nicht gebannt ist, daß es eine Lüge ist, wenn die D„K"P von Weltfrieden spricht. Alte KPD-Genossen freuten sich über den Besuch der Genossen.

Fortsetzung auf Seite 7

Streik in Polen!

Am 29.8.74 brachte Radio Tirana in seiner deutschsprachigen Sendung folgende Nachricht:

„Wie die Nachrichtenagenturen melden, begannen die Hafenarbeiter der polnischen Häfen in Dansk und Dijnja an der Ostsee einen Streik zur Verringerung des Arbeitstempos. Durch den Streik wurden die Endladungen der Schiffe in beiden Häfen verzögert. Die Ursache für diesen Streik ist die Frage des Arbeitslohnes, der von den machthabenden Kreisen in einem neuen Arbeitsgesetz bestimmt worden war. Die Hafenarbeiter billigten diese neuen Bestimmungen nicht, denn sie betrachten den Lohn als zu niedrig. Bekanntlich waren es im Dezember 1970 die Hafenarbeiter dieser beiden Häfen, die als erste zu revolutionären Handlungen gegen die Diktatur der neuen polnischen Bourgeoisie aufstanden und die sich mit den Unterdrückungskräften dieser Bourgeoisie in blutigen Zusammenstössen auseinandersetzten, um ihre gerechten ökonomischen Forderungen und politischen Forderungen durchzusetzen."



Dezember-Revolte der polnischen Arbeiter 1970: Eine empörte Menschenmenge hat das oberste Revisionistengebäude in Szczecin in Brand gesteckt! Genau an dieser Stelle wurden zahlreiche Arbeiter und Demonstranten von Panzern der Gomulka-Gierek-Clique erschossen.

AUS DEM INHALT:

Zypern: Rivalität der Supermächte ..S. 2
Wienand-Affaire ....S. 2
Was ist von den Bankpleiten zu halten? ....S. 2
Opel/Werkschutz ....S. 3
Reynolds: Schattenboxen gegen Umweltverschmutzer ....S. 3
Troisdorf: Kollegen verletzt – Arbeitsplätze gefährdet ..S. 3
Medizin im Kapitalismus ....S. 4
Gewerkschaftsbonze als Spion entlarvt ....S. 6
Prozeß wegen § 129 gegen Rechtsanwalt Lang ....S. 6
Terrorurteil gegen Genossin Brigitte M./Interview ....S. 7
Mannheimer Gefängnisskandal ....S. 7
Weltbevölkerungskonferenz ....S. 8
Proteste gegen antichinesischen Film S. 8

Was ist von den Bankpleiten zu halten?

Fünf kleinere Privatbanken gingen in diesem Jahr pleite Am meisten Schlagzeilen gab es zu dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank in Köln, da sie relativ groß und bekannt ist. Viele Menschen fragen sich, was man von diesen Bankpleiten zu halten hat.

In einem Interview der „Frankfurter Rundschau" mit Staatssekretär Pöhl zu den fünf Bankpleiten in diesem Jahr heißt es:

„Es ist richtig, daß als eine der unangenehmsten Folgen des Herstatt-Zusammenbruches jede Schließung einer kleinen Bank ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregt. Das zeigt die große Unruhe in der Kreditwirtschaft. Aber wenn Sie die Dinge objektiv sehen, müssen Sie bedenken, daß wir in den letzten Jahren ständig Schließungen von kleinen Privatbanken gehabt haben. Hier ist seit langem ein struktureller Schrumpfungsprozeß im Gange, der nicht nur notwendig, sondern auch nützlich ist. Es besteht kein Anlaß, vor allem, wenn man an die Größenordnung denkt, diese Dinge zu dramatisieren..."

In einem Artikel der „Frankfurter Rundschau" zur selben Sache heißt es im Zusammenhang mit dem Herstatt-Krach:

„Die Herstatt-Bank konnte immerhin drei Jahre lang nur noch dank der Gewinne aus dem Devisengeschäft die Verluste aus den eigentlichen Bankgeschäften überdecken."

menhang mit den Konkursen zahlreicher kleinerer und mittlerer Betriebe in den meisten Branchen zu sehen. Diese Betriebe sind es auch hauptsächlich, die mit den verkrachten Banken arbeiteten. Die verschärfte Marktsituation und Konkurrenz im Inland wie auch im Ausland führt zur zunehmenden Ruinierung vor allem von kleinen Gewerbetreibenden und Mini Betrieben, aber auch kleinerer und mittlerer Kapitalisten. Das ist ein Ausdruck der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Es wäre für die Großbanken durchaus noch möglich gewesen, den Bankrott dieser relativ kleinen Banken durch Finanzhilfen aufzuhalten. Die Krise hat durchaus noch keinen solchen Umfang angenommen, daß dies nicht mehr möglich ist. So hätte beispielsweise der Gerling-Konzern (der Hauptanteilhaber an der Herstatt-Bank) durchaus die Herstatt-Pleite verhindern können, aber er zog es vor, die Verlustbank abzustoßen, um keine größeren Einbußen in Kauf nehmen zu müssen.



Empörte Sparer fordern ihr Geld zurück.

An einer anderen Stelle heißt es: *„In einer bemerkenswerten Strukturuntersuchung kam die Deutsche Bundesbank 1961 zu dem Schluß, daß die ‚Privatbankiers ihr Aktivgeschäft relativ weitgehend auf der Basis der Einzahlungen von Kreditinstituten finanzieren'. (...) Heute hat sich die Situation total ins Gegenteil verkehrt. Die Sparkassenorganisation fand in zunehmendem Maße selbst Eingang in das Industriekreditgeschäft und spart sich die Einschaltung der Privaten. Außerdem ist heute überall nicht mehr die Kreditseite der Flaschenhals, sondern die Geldbeschaffung. Ersatz suchten und fanden die Privatbankiers für den dünner gewordenen Geldquell der Sparkassen auf den Euromärkten. Doch auch dort hat sich inzwischen die Situation jahrelangen Überflusses in das Gegenteil verkehrt."* – Weshalb auch die Devisengeschäfte nicht mehr klappten, statt Gewinne Verluste realisiert wurden.

In Bezug auf die weitere Entwicklung heißt es:

„Strukturschwierigkeiten in siechenden Branchen wie Bau und Automobil werden noch manchen dorthin gegebenen Bankkredit ‚notleidend' werden lassen. Damit könnten sich in der Folge weitere Banken tödliche Infektionen zuziehen."

Die Schließung der fünf Banken ist keine Einzelsache, bzw. ‚strukturelle' Sache. Sie ist im Zusammenhang ...

Die zunehmende Entwicklung der Krise treibt die Monopolisierung des Marktes durch das Finanzkapital in der gesamten Wirtschaft voran. „Die großen Fische fressen die kleinen." Der Monopolisierungsprozeß geht zu Lasten der kleinen und mittleren Kapitalisten.* Ihre Ruinierung durch den verstärkten Konkurrenzdruck der Monopole ist eine unausbleibliche Entwicklung.

Als *„eine der unangenehmsten Folgen des Herstatt-Zusammenbruches"* bezeichnet Staatssekretär Pöhl, der im Interesse des Finanzkapitals spricht, die *„ungewöhnliche Aufmerksamkeit"*, die er erregt hatte. Damit meint er die unter den Einlegern, vor allem den Kleinen und Mittleren, entstandene Angst, die dazu führt, daß viele Einlagen zurückverlangt werden und die Geldknappheit verstärkt wird.

Die Auswirkungen auf die Arbeiterklasse zeigen sich in Entlassungen, Kurzarbeit und Lohneinbußen. Sie spürt sie über Steuererhöhungen, die ihr der Staat für die bei diesen Bankrotten verlorengegangenen Steuersummen aufbürdet (z. B. waren bei der Herstatt-Bank auch die Stadt Köln und der Staat Einleger).

* Deshalb spricht Staatssekretär Pöhl im Sinne des Monopolkapitals auch von einem „Schrumpfungsprozeß", „der nicht nur notwendig, sondern auch nützlich ist".

Heftige Rivalität der beiden Supermächte

Die sowjetischen Sozialimperialisten verstärken ihre Anstrengungen, die komplizierte Lage in Zypern auszunutzen, um in Südosteuropa diplomatisch und militärisch Fuß zu fassen. Am 28. August wurde bekannt, daß die Sozialimperialisten Griechenland das „Angebot" gemacht haben, die Nordgrenze des Landes zu „garantieren".

Griechenland grenzt im Norden an Bulgarien, Jugoslawien und Albanien. Bulgarien steht selbst unter dem Stiefel der neuen Zaren im Kreml und es ist sonnenklar, daß weder Jugoslawien noch das sozialistische Albanien gegenüber Griechenland aggressive Absichten haben. **Die einzig aggressive Macht im Norden Griechenlands sind die sowjetischen Sozialimperialisten selbst.**

Ihr „Angebot" ist eine direkte Drohung gegen das sozialistische Albanien und gegen das jugoslawische Volk. Es ist bekannt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten vor sechs Jahren unter dem Vorwand des Schutzes der „Unabhängigkeit" und der „Gefahr einer Aggression" in die Tschechoslowakei eingefallen sind und das Land in ein Militärgouvernement verwandelt haben.

Wenn die Sozialimperialisten jetzt das Angebot machen, die Nordgrenzen Griechenlands zu „garantieren", ist das gleichzeitig eine Drohung und eine Gefahr für das griechische Volk selbst, welches seinen Kampf gegen den USA-Imperialismus in den letzten Tagen und Wochen verstärkt hat. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen weiter die Tatsache auszunutzen, daß Griechenland seine Truppen aus den NATO-Verbänden herausgezogen hat. Das sowjetische „Angebot" zeigt, daß die neuen Zaren im Kreml verstärkt versuchen, in Rivalität zu den USA-Imperialisten im Mittelmeerraum Fuß zu fassen. Die gleiche Absicht verfolgen sie auch mit dem Vorschlag einer internationalen Konferenz über Zypern unter ihrer Beteiligung, der inzwischen von Griechenland angenommen worden ist.



Demonstration gegen den US-Imperialismus in Griechenland.

Die Völker des Mittelmeerraumes werden ihre Wachsamkeit gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus verstärken, *„der den Eigentümer beraubt, während dessen Haus brennt"*.

Die andere Supermacht, der USA-Imperialismus, hat zur selben Zeit erklärt, daß er die Waffenlieferungen an die Türkei fortsetzt und *„niemals offensive oder defensive Bedingungen daran geknüpft"* hat. Ein Landungsschiff für mehrere Panzer und 400 Soldaten wurde der Türkei inzwischen übergeben.

Die Tatsachen zeigen, daß die beiden Supermächte ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker am Mittelmeer und die des zyprischen Volkes verstärken. Ihre Rivalität ist die Hauptursache dafür, daß das Zypernproblem immer noch ungelöst ist, daß sich die Spannungen im Mittelmeerraum weiter erhöhen. Nur im Kampf der Völker gegen jegliche fremde Einmischung, vor allem der beiden Supermächte, können die Probleme in diesem Gebiet gelöst werden.

Wienand-Affäre - nur die Spitze vom Eisberg

Die Versuche des SPD-Fraktionsgeschäftsführers Wienand, seine Korruption mit Lüge, Betrug und Vertuschung vom Tisch zu wischen, sind endgültig gescheitert. Der Ex-Betriebsleiter der PanInternational, Joachim Kuehnel, hat ausgepackt: Wienand hatte für 25 000 DM monatlich einen Beratervertrag mit der Fluggesellschaft. Für dieses Geld soll er über Leichen gegangen sein.

Die Enthüllungen des ehemaligen Betriebsleiters der PanInter offenbaren den ganzen Zynismus wenn die Bonner Abgeordneten sich „Volksvertreter" nennen. Für sein Gehalt hat Wienand laut Kuehnel verhindert, daß der PanInter-Fluggesellschaft die Lizenz wegen mangelnder Flugsicherheit entzogen wurde: *„Wienand wußte, daß die Flugsicherheit nicht ernst genug genommen wurde, denn er wurde ja auch gerade dann eingeschaltet, wenn auf Grund von Mängeln irgendwelche Maßnahmen gegen PanInter in der Luft schwebten."*

Die fehlenden Sicherheitsmaßnahmen der PanInter-Gesellschaft führten schließlich zu dem Absturz einer Maschine bei Hamburg. 22 Menschen kamen dabei ums Leben! Aber Wienand hat seine Villa am Gardasee und Hunderttausende auf dem Konto.

Der Name Wienand ist inzwischen zu einem Markenzeichen für Korruption, Bestechung, Lüge und Betrug geworden. Dafür sorgte die bürgerliche Presse selbst. Er wurde fallengelassen, weil er nicht geschickt genug war, seine Geschäfte zu tarnen, weil seine Geschäftemacherei selbst in der Abgeordnetenbranche als zu unseriös und zu offensichtlich galten. Aber ist Wienand eine Ausnahme? Welcher Abgeordnete ist nicht Aufsichtsrat in diesem oder jenem Monopol oder „Berater" eines Großkonzerns? Die PanInter-Gesellschaft zahlte bereits 25 000 monatlich. Was aber zahlen wohl die großen Fische wie Krupp, Thyssen sowie die Banken? In ihren Vorstandsetagen werden die Parlamentsbeschlüsse gefaßt!

Vorfälle wie der um Wienand sind keine Ausnahme, sondern untrennbarer Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus. Das Parlament selbst ist von seiner Natur her auf Betrug aufgebaut, denn es hat vor den Massen die Interessen und Absichten des Imperialismus zu verschleiern und ihnen Demokratie vorzuspielen. Es kann gar nicht anders, als sich auf solche Leute wie Wienand zu stützen.

Gerade das aber versucht die bürgerliche Propaganda zu vertuschen. Sie spielt Fälle wie Wienand und Steiner zum „außergewöhnlichen" Skandal hoch, um damit den täglichen Betrug, die 99,9 % nicht aufgedeckten Fälle zu überspielen. Aber zu zeigen, daß der Betrug System hat, daß Korruption und Verlogenheit durchgehend sind, das ist bei Strafe verboten: Als der ROTE MORGEN 1973 aus der Steiner/Wienand-Affäre den Schluß zog, *„daß in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes, sondern Huren des Kapitals sitzen"* und daß die Arbeiterklasse sich nur befreien kann, wenn sie das Parlament auseinanderjagt und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt, wurde prompt Strafantrag gestellt. Der Bundestagspräsident hat den Staatsanwalt vor wenigen Wochen ermächtigt, Beleidigungsklage zu erheben gegen den Verleger, Genossen Gernot Schubert und den damaligen Chefredakteur des ROTEN MORGEN, Genossen Ernst Aust.

Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß das Vertrauen der Massen in den Parlamentarismus ständig abnimmt. Und es ist ihre Furcht, daß die Arbeiterklasse eines Tages den Parlamentarismus völlig durchschaut und geleitet von der Partei dem verfaulten System den Todesstoß versetzt.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Verwaltungsgerichtsbeschluß gegen Reynolds

Arbeitslosigkeit oder Umweltvergiftung ist keine Alternative!

Am 29. 8. entschied das Hamburger Verwaltungsgericht, daß die US-Aluminium-Hütte Reynolds in Hamburg spätestens in zwei Wochen ihre Produktion einstellen soll. In der letzten Nummer des ROTEN MORGEN hatten wir darüber berichtet, daß die Fluorabgase dieses Aluminiumwerkes Mensch und Natur im „Alten Land", einem wichtigen norddeutschen Erholungs- und Obstanbaugebiet, bedrohen. Was in den Tagen nach diesem Urteil in der Presse zu lesen war, zeigt, daß es wohl nicht lange dauern wird, bis dieses Urteil auf Geheiß der US- und westdeutschen Kapitalisten wieder aufgehoben wird.

Die „Frankfurter Rundschau" berichtete in ihrer Ausgabe vom 30.8., daß der Hamburger Senat über das Urteil „entsetzt" sei: *„Ein Unternehmenssprecher nannte das Urteil einen Verstoß gegen geltendes Recht, Bausenator Rolf Bialas (FDP) betonte, er sei bestürzt', und Wirtschaftssenator Helmut Kern (SPD) meinte resigniert: ‚Leider war in dieser Instanz wohl nichts anderes zu erwarten!' Aber weiter heißt es dann: ‚Die betroffenen Geschäftsleute und Politiker hoffen, daß jetzt das inzwischen angerufene Oberverwaltungsgericht die Stillegungsverfügung wieder aufhebt."*

BILD hetzt: *„Was ist wichtiger, 12 000 Gladiolen oder 1 000 Arbeitsplätze?"* und *„Hamburger Oberverwaltungsrichter müssen nun – endgültig und für die Bundesrepublik richtungsweisend – entscheiden: Ob Umweltschutz brotlos machen darf – oder ob man sich damit abfinden muß, daß man mit jedem Apfel auch ein bißchen Fluor ißt."* **Das ist unverschämter Zynismus der Kapitalisten gegenüber dem Volk: Jeder weiß, daß es hier nicht um ein „bißchen" Fluor geht, sondern daß das Leben von Mensch und Natur bedroht ist. Gleichzeitig wollen die Kapitalisten so den Werktätigen einreden: "Auf irgendetwas müßt ihr verzichten, entweder auf Gesundheit oder auf einen Arbeitsplatz." Für die Werktätigen gibt es nicht die Alternative Gesundheit oder Arbeit.**

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen werden sich durch diese Demagogie nicht von ihrem Kampf gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, gegen die zunehmende Bedrohung ihrer Gesundheit und letztendlich gegen die Ursachen von beidem abbringen lassen.



Der „Schwarze Riese" in Duisburg. Für den Profit der Thyssen-Kaptialisten atmen Tausende vergiftete Luft.

Glashütte "Hirschberg" -

„Betrug durch Sozialisierung"

Am 29. Juli erhielten die 170 Arbeiter der Glashütte „Hirschberg" in Allendorf (Hessen) die Nachricht, daß ihr Betrieb geschlossen wird. Die Fabrik hatte bis vor 3 Jahren der Veba-Glas-AG gehört. Diese hatte den Betrieb damals verkauft, und darauf mit 80 Millionen Mark aus den Steuergeldern eine neue Glasfabrik im Bayrischen Wald eröffnet. Die Gläser, die diese neue Fabrik produziert, werden quer durch das Bundesgebiet transportiert an eine Nußnougatfabrik in Allendorf. Der jetzige Besitzer der Glashütte von Allendorf hat nun den Konkurs angemeldet.

Die Schließung der Hütte trifft die Glashüttenarbeiter, die fast alle aus dem schlesischen Riesengebirge stammen und erst 1958 in Allendorf angesiedelt wurden, besonders hart: Arbeitsplätze gibt es für sie weit und breit nicht. Arbeit könnten sie höchstens im Harz finden, und das hieße, daß sie auch ihre zweite Heimat mitsamt ihren Familien wieder verlassen müßten.

Aus diesem Grund sind die Arbeiter besonders erbittert über die Stillegungspläne und nicht bereit, sie kampflos hinzunehmen. Der Betriebsrat der Hütte erklärte nun, daß die Arbeiter die Hütte selbst weiterführen wollen, um so ihre Arbeitsplätze zu bewahren und dazu von der hessischen Landesregierung einen Kredit in Höhe von 85 000 DM fordern. Seitdem wird diese mögliche Übernahme der Produktion durch die Arbeiter in der bürgerlichen Presse, ganz besonders aber von den modernen Revisionisten, als ein Weg der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hingestellt.

In Wirklichkeit können aber durch solche Maßnahmen die Arbeitsplätze der Glashüttenarbeiter nicht gesichert werden. Dadurch, daß in einem Betrieb die Arbeiter die Produktion leiten, wird dieser Betrieb nicht zu einer Insel im kapitalistischen System, die seinen ökonomischen Gesetzen nicht mehr unterworfen ist. Deshalb wäre es auch eine Illusion zu glauben, daß in einem solchen Betrieb die Arbeitslosigkeit abgeschafft werden kann. Wenn die Revisionisten solche Illusionen wecken, dann wollen sie damit den Arbeitern weismachen, daß an ihrer Misere nur der einzelne Kapitalist schuld ist, daß das Schicksal der Arbeiter von der „Gutwilligkeit" oder „Böswilligkeit" einzelner Kapitalisten abhängt, nicht aber vom kapitalistischen System.

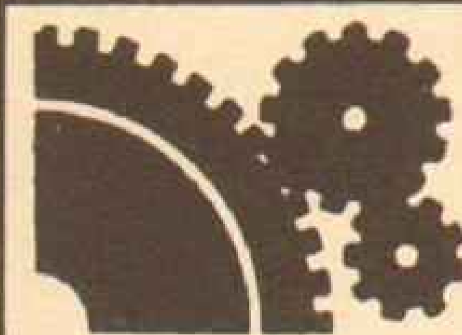
Diese Propaganda verstärken sie gerade jetzt, wo die wachsenden Arbeitslosenzahlen die Arbeiter nach den Ursachen ihrer Lage und nach einem Ausweg fragen lassen. Mit der Propagierung solcher Beispiele wie der Glashütte „Hirschberg" versuchen sie nichts anderes, als die Arbeiterklasse an den imperialistischen Staat als „Retter aus der Not" zu ketten, sie vom Kampf gegen den Kapitalismus abzulenken und stattdessen in eine reformistische Sackgasse zu lenken.

Fünf Kollegen schwer verletzt

Mit ohrenbetäubendem Lärm knickte die gesamte Krankonstruktion im Walzwerk von Klöckner-Manstädt zusammen und brach in die Halle hinunter. Ein griechischer Kollege, der in der Halle an der Maschine gestanden hatte, wurde dabei so schwer getroffen, daß ihm an Ort und Stelle ein Bein amputiert werden mußte. Vier Kranführer wurden ebenfalls schwer verletzt.

Dieser Unfall mußte früher oder später passieren und wurde bewußt von den Klöckner-Kapitalisten in Kauf genommen: Die Betriebsleitung hatte neue, schwerere Kräne angeschafft und ließ sie, um Kosten zu sparen, auf die völlig veraltete Konstruktion der vorherigen Kräne setzen.

Sie kalkulieren allein auf den Profit. Unser Leben, unsere Gesundheit, die wir täglich zu Markte tragen müssen, sind für sie lediglich Ziffern, Kostenfaktoren in ihrer Buchhaltung, die noch unter den Maschinen rangieren. Doch damit nicht genug. Nachdem das Walzwerk die Produktion vorerst nicht wieder aufnehmen kann, drohen den Kollegen nun auch noch Kurzarbeit, wenn nicht sogar die Entlassung!



Arbeiterkorrespondenzen



Warme Empfehlungen für die D'K'P

Ich arbeite an einem Hamburger Krankenhaus als Lernschwester. Vor einiger Zeit wurde ich zur Schulleitung gebeten. Die Gründe waren fadenscheinig. Mit meinen praktischen Einsätzen (auf welcher Station ich demnächst eingesetzt werden sollte) sei etwas unklar. Worum es wirklich ging, merkte ich nach einigen Sekunden. Man würde ja verstehen, hieß es, und man wäre da auch gar nicht so, wenn sich ein junger Mensch wie ich, "für dieses und jenes engagieren" würde. Aber gewaltsam und mit der KPD/ML – das sei ja wohl nichts. Da müßten sie irgendwann die Konsequenzen ziehen, denn wenn ich weiter unter dem Einfluß dieser "Gruppe" stände, dann würde ich fortgesetzt den Betriebsfrieden stören.

Zum Schluß kam dann der dicke Hammer: man habe ja nichts gegen Kommunisten im Allgemeinen. Es gäbe aber zwei Sorten, die einen, wozu die KPD/ML gehöre, die dieses System gewaltsam zerstören wollten, und die anderen, die D'K'P, die auch was ändern wollten, aber mit ihren Mitteln weit annehmbarer seien. Und aus Erfahrung wisse man, daß man mit der D'K'P gut zusammenarbeiten und sich einigen könne. Mit denen sollte ich mich mal unterhalten, da wäre ich mit meinen Aktivitäten besser aufgehoben. –!!!

Diese Werbung für die D'K'P, diese Verräter am Kommunismus und an den Interessen der Arbeiterklasse habe ich natürlich zurückgewiesen.

Was kann deutlicher zeigen als die Angriffe der Bourgeoisie gegen den Marxismus-Leninismus und die KPD/ML auf der einen Seite und ihre warmen Empfehlungen für die D'K'P auf der anderen Seite, wer – trotz Berufsverbotsrummel – tatsächlich der Feind der Bourgeoisie ist und wer mit ihr unter einer Decke steckt?



Werkschutz und Polizei schlagen auf streikende Hella-Arbeiter ein.

Opel-Rüsselsheim Werkschutz

"Wir sind halt für die Geschäftsleitung da"

In der letzten Zeit werden wir an den Werkstoren verstärkt gefilzt. Wie in der Zeitung zu lesen, fand bei einem Kollegen eine Hausdurchsuchung statt, weil angeblich Werkzeug geklaut worden sein soll. Nicht, daß die Opel-Kapitalisten fürchten, Pleite zu gehen, wenn ein Kollege mal einen Schraubenzieher mitnimmt. Nein, durch verschärfte Kontrollen sollen wir eingeschüchtert werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn statt Hausdurchsuchung das Wort „Hausbegehung" benutzt wird.

Verschärfte Kontrollen und verstärkte Arbeitshetze am Arbeitsplatz – verschärfter Einsatz der Werkswache, das sind zwei Seiten einer Medaille. Daß die Werkswache in eine großangelegte Motorenschieberei mit verwickelt sein soll, wie Gerüchte gehen, davon schreiben die Kapitalistenblättchen selbstverständlich nichts. Aber in einem langen Artikel der „Main-Spitze" mit der Überschrift: „Opel-Werkswache: des einen Freud, des anderen Leid" erfahren wir, gegen wen sich der Terror der Herrschenden vor allem richtet:

„Wo der Werkschutz allerdings bei wilden Streiks steht, sagt man auch: ‚Wir sind halt für die Geschäftsleitung da, doch schlagen wir im Werk selbst nie gegen eine Gruppe los.' Draußen vor den Toren allerdings würde man für Ruhe und Ordnung sorgen, Außenstehende nicht reinlassen. ‚Wenn die KPD hier einmal im Ernstfall reinwollte, würden wir sie mit allen Mitteln zurückschlagen.'"

Damit will Werkswachen-Chef Allgaier zum einen so tun, als hätten die Kommunisten nichts mit dem Betrieb zu tun und seien keine Kollegen und abstreiten, daß es gerade die Kommunisten sind, die sich in den Streiks und bei den täglichen Sorgen am konsequentesten für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen – zum anderen will er so tun, als hätte die Werkswache nichts mit dem Werk zu tun. Beim Streik unserer Bochumer Kollegen wurden sofort Rüsselsheimer Werkspolizisten nach Bochum geschickt, um gegen die Kollegen dort vorzugehen!

Kollegen, die Männer vom Werkschutz, das sind Leute, die dafür bezahlt werden, daß sie gegen uns eingesetzt werden, die sich nicht scheuen dürfen, wie beim Ford-Streik im letzten Jahr gemeinsam mit der Polizei Kollegen zusammenzuschlagen! Daß die Kollegen von der Bewaffnung des Werkschutzes wissen und sich auch darüber empören, weiß auch Allgaier. Gegenüber der „Main-Spitze" sagte er: *„Wenn nun sich wirklich mal einer 'nen Gasrevolver als Schutz in der Nacht einsteckt, so kann ich das nicht überprüfen."* Aber auch solche Sprüche können nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht einzelne „wildgewordene Werkschützer" vor allem die Arbeiter bedrohen, sondern der Werkschutz als ein organisierter Trupp der Kapitalisten.

(Nach einem Artikel der „Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel/Rüsselsheim).

Revisionistisches

Leider...

In der Spalte „Bücher für die Jugendarbeit" in „Elan", der Zeitung der „Sozialistischen" Deutschen Arbeiterjugend, der Jugendorganisation der D„K"P, wird für das Buch „Weltmacht Öl" von Mosley geworben. Der Text lobt, daß Mosley die Schuldigen nennt an den Gewalttaten, die um des Öles willen begangen wurden. Von welchem Klassenstandpunkt aus, ist nebensächlich: *„Leider kann er sich aber manchmal nicht von der Verteidigung feudalistischer und imperialistischer Kräfte trennen..."* Kein Grund für „Elan", das Buch nicht zu empfehlen.

Bürgerlicher Sumpf für die Jugend

„Pop – made in DDR, jetzt endlich in unserem Schallplattenprogramm als kleine Auswahl. Die Puhdys – alles auf einer Platte: heiße Rhythmen, eigenwillige Songs wie z. B. der Titel ‚Geh zu ihr' und andere aus dem DEFA-Film ‚Die Legende von Paul und Paula'."

Diese Anzeige für bürgerliche Sumpfmusik aus der DDR findet sich nicht etwa in „Bravo", sondern in der „sozialistischen" Jugendzeitung „Elan". Neben der amerikanischen Pop-Kultur und der deutschen Schnulze sollen jetzt auch die Pop-Platten der DDR-Revisionisten auf die westdeutsche Jugend losgelassen werden – die „S"DAJ besorgt die Reklame.

Zurück zu Brandt?

In einem Flugblatt anläßlich des 30. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns vom Freundeskreis der GRF in Mainz heißt es unter anderem:

„Neu ist der offene Straßenterror der Polizei, wie wir ihn seit Antritt der Schmidt-Regierung kennen. ***Ob mit oder ohne Absprache, seit der Scharfmacher Schmidt an der Regierung ist, haben die Polizisten Rückendeckung.*** *Die Faschisten im Staatsapparat fühlen ihre Stunde gekommen, die alten Nazirichter leben wieder auf."*

Gehen wir einmal davon ab, daß es für die GRF offensichtlich kein Straßenterror der Polizei war, als am Roten Antikriegstag 1972 die Innenstadt mit einer Bannmeile belegt waren, tausende von Polizisten mit brutalem Terror gegen Demonstranten und Passanten vorvorgingen. Sehen wir davon ab, daß für die GRF offenbar auch der Polizeieinsatz in Dortmund anläßlich des Besuchs von Breshnew ein harmloser Spaziergang der Polizei war. Sehen wir auch davon ab, daß die GRF das Aufblühen der Nazi-Richter in den Justizbehörden der westdeutschen Imperialisten zu einem Zeitpunkt feststellen, wo zunehmend mehr von ihnen aus Altersgründen jüngeren Platz machen.

Beachtenswert an diesen Sätzen ist vor allem, seit wann und warum die Polizisten "Rückendeckung" finden. Nicht,seit die Bourgeoisie die politische Macht errungen hat, nicht, weil die Polizei als Bürgerkriegstruppe des Kapitals seine Macht gegenüber dem Proletariat verteidigen soll – nein. Sondern offensichtlich einzig und allein, weil es dem "Scharfmacher Schmidt" so gefällt. Bleibt als Ausweg bei dieser Art "Kampf gegen die Faschisierung" wohl nur eins: Weg mit Schmidt! Zurück zur goldenen Ära Brandt!

Feudalherren herrschen milde

Der Schreiberling Rolf Schneider aus der DDR, einer der „erfolgreichsten Schriftsteller", schreibt im „Stern" in einem Artikel über Polen unter anderem: *„In Krakau, in ganz Galizien, herrschte Habsburg. Es herrschte vergleichsweise milde, mit resignierender Toleranz und zarter Schlamperei. Von allen drei okkupierten Landstrichen von Polen war der Süden der glücklichste."*

GESAMTSCHULE MÜMMELMANNSBERG/HAMBURG:

"Wenn Herr Kwoll gehen muss, machen wir keinen Unterricht"

Dieter Kwoll ist Lehrer an der Gesamtschule Mümmelmannsberg in Hamburg. Für ihn als Kommunisten hört die Politik, der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse am Schultor nicht auf. In einem Brief an die Eltern seiner Schüler schrieb er:

"Die Behörde schreibt vor: Die Schüler sollen lernen, daß jeder reich werden kann, wenn er nur klug ist und sich tüchtig anstrengt.

Ich dagegen habe ihnen gesagt: Die Arbeiterklasse wird unterdrückt und ausgebeutet. Nur durch die sozialistische Revolution kann sie sich von der Tyrannei der Ausbeuterordnung befreien.

Die Behörde schreibt vor: Der Kapitalismus ist gerecht. Falls etwas schief geht, bekommt man spätestens im Gerichtssaal sein Recht.

Ich dagegen habe ihnen gesagt: Die Gerichte schweben nicht über den Wolken. Sie stehen fest auf der Seite des Kapitals. Nicht umsonst sagt man: "Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen."

Die Antwort der Behörde: In einem Senatsbeschluß, den Genosse Kwoll zwei Tage vor Beginn der Schulferien in Hamburg erhielt, teilte sie ihm mit, daß er vorläufig vom Dienst suspendiert sei, weil er ein Plakat der KPD/ML geklebt habe.

Sofort mit Beginn des neuen Schuljahres nahm Lehrer Kwoll den Kampf gegen diese Form der politischen Unterdrückung auf. Er erklärte Lehrern und Schülern, warum er entlassen werden sollte. Die Schüler der 6. Klasse erstellten spontan eine Unterschriftenliste: Sie schreiben: **"Wir protestieren dagegen, daß der Lehrer Dieter Kwoll aus der Schule Mümmelmannsberg entlassen werden soll, weil er für ein besseres Deutschland ist."** Die Unterschriftenlisten werden ihnen von Schulleiter Wunder weggenommen. Nach einer Pausenversammlung entstehen neue: **„Wenn Herr Kwoll gehen muß, machen wir keinen Unterricht."** Spontan werden ungefähr 250 Unterschriften gesammelt. Plakate werden gemalt und in der Schule, einzelne auch in der Siedlung aufgehängt. Die Schulleitung läßt die Plakate in der Schule abreißen. Die Schüler malen eine Parole an die Wand der Schule. Lehrer Kwoll wird der Schlüssel zu den Räumen abgenommen, in denen gemalt wurde. Die Schüler sind empört. – Papier, Farben – das haben doch wir, unsere Eltern bezahlt. **Die Schüler der Mümmelmannschule erleben: die angebliche so demokratische Gesamtschule ist eine Klassenschule wie alle anderen Schulen auch.** In einem Flugblatt der KPD/ML, das an der Schule verteilt wird, heißt es über die ideologische Bearbeitung der Kinder an den Gesamtschulen:

"Sie werden vollgestopft mit den Ideen der Bourgeoisie wie "alle Menschen sind gleich", "alle Konflikte darf man nur durch Diskussion lösen, also friedlich". Damit soll nur davon abgelenkt werden, daß die Bourgeoisie Macht, Besitz und Recht in diesem Staat innehat, daß sie ihren "Argumenten" mit Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr Nachdruck verleiht, daß das tägliche Leben geprägt wird vom unerbittlichen Kampf: Klasse gegen Klasse. Mit Diskussionen kann man zwar Konflikte im Volk, unter Freunden lösen. Aber der Klassenfeind versteht nur die Sprache der Gewalt."

Der Kampf der Schule geht weiter. Lehrer Kwoll bekommt Unterrichtsverbot. Ein neues Flugblatt der Schüler wird denen, die es nicht unter ihrem Pullover verstecken, vom Schulleiter weggenommen. Als die Schüler sich die Blätter aus dem Schulleiterzimmer wieder herausholen, droht Wunder, die Kriminalpolizei auf die Schüler zu hetzen. Aber die Schüler geben nicht nach. Als der Schulleiter Lehrer Kwoll seine vorläufige Entlassung mitteilt, ein sofortiges Hausverbot ausspricht und sich mit der Polizei in Verbindung setzt, formiert sich trotzdem ein Demonstrationszug. Hier geht der Schulleiter so weit, den Schülern Transparentstangen wegzunehmen, sie mit Gewalt wegzuzerren und dabei einen Schüler mit der Transparentstange im Gesicht zu verletzen.

Die meisten Eltern sind ebenfalls empört. Als Lehrer Kwoll sie besucht, wird er fast überall freundlich aufgenommen. Dabei bleibt es auch, als Wunder Lehrer Kwoll mit der Polizei vom Schulgelänge bringen läßt, als er in einem Brief an die Eltern so weit geht, zu behaupten, Lehrer Kwoll würde ja gar nicht entlassen, weil er Kommunist sei, sondern weil er die Kinder "indoktriniere" und sie zu Aktionen aufhetze.

Die Wirkung dieser Hetze zeigt ein neues Flugblatt der Schüler. Überschrift: **"Wunder hat Angst!!!"**

Herr Wunder hat Herrn Kwoll verboten mit den Schülern zu reden, weil er meint, Herr Kwoll hetzt die Schüler gegen ihn auf. Der wahre Grund ist, Herr Wunder hat Angst davor, weil viele Schüler sich gegen ihn wenden, wenn Herr Kwoll sie über die schlechten Verhätnisse in der BRD aufklärt und über die kommende Revolution. Da die Kapitalisten nicht ohne Waffengewalt gehen.

WUNDER HAT HÖLLISCHE ANGST:

z.B. hat er Flugblätter von den Schülern entwendet. Auf einer Demonstration hat er einen Schüler am Arm gerissen und mit den Stöckern seines Plakats eine Schramme ins Gesicht gemacht. Am 19.8. mußte er sich mit der Polizei wehren gegen die Schüler und Herrn Kwoll."

Der Kampf an der Mümmelmannsberggesamtschule in Hamburg geht weiter.

Werdende Mütter im Staatsdienst:

5 Wochen kein Geld

Ich bin Lehrerin im Angestelltenverhältnis bei der Stadt. Jetzt erwarte ich ein Kind. Bis zum letzten Tag vor Ferienbeginn ging ich zur Schule, der 1. Tag meines Schwangerschaftsurlaub war zugleich der 1. Ferientag, d. h. die 6 Wochen Schwangerschaftsurlaub vor der Geburt fallen genau mit den Ferien zusammen. Nun, das ist eben "Pech".

Aber jetzt kommt die Seite, die nicht mehr Pech ist, sondern zeigt, wie dieser Staat werdende Mütter behandelt. Ich bekam mein Gehalt genau bis zum letzten Schultag. Seitdem habe ich bis heute keinen Pfennig bekommen (5 Wochen später). Ich erkundigte mich gleich vor 5 Wochen beim Schulamt der Stadt, wieso ich nicht weiter bezahlt würde. Man behandelte mich wie den dümmsten Esel, der noch nicht einmal wisse, daß jetzt statt des Gehalts die Krankenkasse Mutterschaftsgeld bezahle. Das ist allerdings nur ein kleiner Teil dessen, was ich verdiene. Auf die Frage, ob ich das Übrige nicht bekäme, hieß es, da müsse ich nach dem Schwangerschaftsurlaub einen Antrag auf Ausgleich stellen, d. h. das ich das Geld nach 3 Monaten bekommen würde.

Bis jetzt habe ich noch nicht einmal das Mutterschaftsgeld bekommen. Man muß bedenken, daß ich hauptsächlich für den Unterhalt der Familie aufkomme, daß wir gerade jetzt umgezogen sind, weil wir eine größere Wohnung brauchten, daß nicht nur Anschaffungen für das Kind, sondern auch für die neue Wohnung notwendig sind – und gerade in dem Moment stoppt die „Lohnfortzahlung". Was nützt es einem, wenn man alles nachbezahlt bekommt. Für jetzt heißt das, daß man einen Kredit aufnehmen muß, um das Notwendige zu kaufen und zu leben. **Aber das ist nicht nur in meinem Fall so.** Viel krasser ist es oft bei Rentenanträgen, Krankengeld usw., wo erst nach monatelangem Papierkrieg und Sichrumschlagen auf Ämtern, auf denen man wie ein Depp abgekanzelt wird, Geld ausbezahlt wird – wobei die vorherige Notlage der Betroffenen den Behörden egal ist.

Medizin im Kapitalismus:

Hauptsache die Kasse stimmt!

Korrespondenz. Weil ich im Krankenhaus arbeite, komme ich öfters mit Ärzten zusammen. Kürzlich sprach ich mit einigen jungen Ärzten über die Medizin im Kapitalismus. Sie erzählten mir folgendes: Wenn jemand eine Herzkrankheit hat und operiert werden muß, so muß er lange warten, bis ein Operationstermin für ihn frei ist. In Göttingen, in der Universitätsklinik, müssen Kassenpatienten 3-4 Jahre warten. Privatpatienten werden bereits nach 4 Wochen operiert.

Ähnlich ist es bei der chronischen Rheumaerkrankung PcP. Viele Menschen leiden darunter, vielen kann mit einer Prothese (Endo-Prothese) geholfen werden. Der operierende Arzt erhält für das Einsetzen einer solchen Prothese von der Krankenkasse 800 bis 2 000 DM. Das ist schon ein sehr guter Verdienst für die paar Stunden Arbeit. **In Erlangen geht ein Operateur namens Beck noch weiter: Für 10 000 DM macht er die Operation sofort. Wer das nicht bezahlen kann, muß warten.** Diese Schweinereien bestätigen, was Karl Marx schrieb: *„Je mehr sich die Produktion überhaupt als Produktion von Waren entwickelt, umso mehr muß und will jeder Warenhändler werden, Geld machen, sei es aus seinem Produkt, sei es aus seinen Diensten, wenn sein Produkt seiner natürlichen Beschaffenheit gemäß nur in der Form des Dienstes existiert, und dies Geldmachen erscheint als der letzte Zweck jeder Art von Tätigkeit."* (Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 67).

Das heißt: wenn Ärzte mehr Interesse am Geldmachen haben als an der Medizin und ihre Tätigkeit zum Geldmachen ausnutzen auf Kosten der Volksmassen, dann geht ihre ärztliche Kunst letzten Endes dabei drauf und wird das Geldmachen der letzte Zweck. Sie können nur dann eine wirklich gute Medizin betreiben, wenn sie auf der Seite des Volkes stehen, dem Volke dienen mit ihrer Tätigkeit.

Und zweitens heißt das: solange der Kapitalismus besteht, durchdringt er alle gesellschaftlichen Bereiche, auch die Medizin. Darum reicht es nicht aus, wenn Ärzte dem Volk allein dadurch dienen, daß sie die werktätigen Massen so gut wie sie können versorgen, daß sie sich nicht auf Kosten der Werktätigen bereichern.

Es reicht nicht, nur gegen die Mafia der Ärztekammer zu kämpfen, für eine bessere medizinische Versorgung der Bevölkerung, für den Aufbau von Polikliniken usw.

Sie müssen weitergehen. Sie müssen gegen den Kapitalismus, für die sozialistische Revolution kämpfen.

Vom Aufbau des Sozialismus

Unterirdische Flüsse erschlossen

Die Bevölkerung des autonomen Gebiets der nationalen Minderheit der Tuan Yao, eines Kalksteingebietes in Kwangsi, Südchina, hat erfolgreich mit staatlicher Hilfe unterirdische Flüsse erschlossen. In den letzten 5 Jahren wurden mehr als 180 verschiedene Projekte gebaut, mit denen 2 000 ha Ackerland bewässert werden können. Einige Kommunen und Produktionsbrigaden haben mit Wasserkraft betriebene Kraftstationen aufgebaut.

Die Karstlandschaft dieses Gebietes ist von einem Labyrinth von unterirdischen Flüssen durchzogen, von denen viele durch Höhlen verbunden sind. Vor der Befreiung ergoß sich das Wasser gewöhnlich nach schweren Regenfällen aus den Höhlen und überschwemmte das Ackerland, während der Grundwasserspiegel bei Trockenheit um Dutzende von Metern fiel, so daß es unmöglich war, das Wasser zu benutzen. Nach der Befreiung wurden Wasserbehälter auf den Hügeln gebaut und das Land drainiert, aber die Bedürfnisse des sich entwickelnden Ackerbaus machten es notwendig das unterirdische Wasser zu erschließen. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution begann dazu eine Massenkampagne. Das regionale Revolutionskomitee schickte eine hydrogeologische Arbeitsgruppe als Hilfe. Die lokalen Kader und die Massen schlossen sich dem Werk an.



Die Arbeiter der Wasserbau-Sonderbrigade von Huihsiän spalten Felsgestein zum Bau von Reservoirs und Kanälen.

In hügeligem Gelände legten sie über 25 000 km zurück, stiegen in 170 tiefe Höhlen um die unterirdischen Flüsse in 11 Kommunen zu studieren. In der Volkskommune Paoan ließ sich der 1. Parteisekretär zusammen mit Technikern der Arbeitsgruppe an Seilen in eine 82 m tiefe Höhle hinab, um ihre Geheimnisse zu erforschen. Mehr als 2100 Kommunemitglieder arbeiteten neben den Mitgliedern der Untersuchungsgruppen. Sie verbanden hohen revolutionären Elan mit wissenschaftlichen und praktischen Untersuchungen, beobachteten lange Zeit die unterirdischen Flüsse und erforschten die Wasserverhältnisse in 80 tiefen Höhlen. Sie fanden 23 Flüsse mit reichen Wasservorräten und sammelten in mehr als zweijähriger harter Arbeit über 4000 wissenschaftliche Daten. Gestützt auf ihren Bericht, konnte ein Plan zur Nutzung des unterirdischen Wassers aufgestellt werden.

Es war schwierig, das Wasser mit den gewöhnlichen Pumpen zu fördern, weil der Wasserspiegel, je nach Trockenheit oder Regen, um 30 - 40 m schwankte. Deshalb installierte eine Produktionsbrigade eine schwimmende Pumpe. Diese Methode wurde von 16 anderen Brigaden übernommen. In einer anderen Volkskommune hatte die Höhle, die zum unterirdischen Fluß führte, einen sehr engen Eingang. Dieser wurde deshalb erweitert, ein paar Zementschienen wurden gelegt, auf denen die Pumpe bewegt werden konnte. Zusätzlich zu diesen Projekten wurden insgesamt 24 km Tunnel gegraben, und viele Gräben, Teiche und Reservoirs angelegt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Ihre Solidarität ist Heuchelei

Die Revisionisten-Verräter am revolutionären Kampf des chilenischen Volkes

Als am 21. September 1973 in Santiago die Panzer auffuhren, als Luftwaffe und Artillerie den Präsidentenpalast und die Arbeiterviertel bombardierten, entlarvte sich vor aller Welt das Gerede der Revisionisten vom „friedlichen, verfassungstreuen Weg zum Sozialismus" als Lüge, die in einer blutigen Niederlage des Proletariats endete: Im Dienst des US-Imperialismus errichtete die faschistische Militärjunta ihre Terrorherrschaft und verwandelte Chile wieder in einen Tummelplatz für die imperialistischen Monopole.

Chile – das war von den Revisionisten zur Zeit Allendes stets als Musterbeispiel für den „friedlichen Weg zum Sozialismus" propagiert worden. Sie verbreiteten mit der Unidad Popular die Illusion, daß man den Imperialismus und die reaktionären Kräfte in Chile auch mit Hilfe der bürgerlichen Gesetze bekämpfen könne, daß die Streitkräfte in Chile sich politisch neutral verhalten würden. Die Revisionisten leugneten damit, daß der Staat und seine Machtorgane stets einer bestimmten Klasse dienen, daß die chilenischen Streitkräfte ein Unterdrückungsinstrument in der Hand der Reaktion und ein williges Werkzeug des US-Imperialismus sind.

Noch im Juni 1973, keine drei Monate vor dem blutigen Putsch, feierten die Revisionisten die reaktionären Streitkräfte: „ ...die bewaffneten Kräfte Chiles sind das Volk in Uniform, sind Patrioten und respektieren die Verfassung, sie sind es, denen es gelingen wird, diejenigen zu zerbrechen und zu zerschlagen, die einen Staatsstreich versuchen werden." Mit solchen Lügen versuchten die Revisionisten das Volk über den Charakter der reaktionären Militärs zu täuschen. Am 11. September waren es eben diese Militärs, die unter der Führung des US-Imperialismus in Chile den reaktionären Putsch durchführten.

Einzig die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles brachte den Willen der Massen zum Ausdruck, als sie unermüdlich forderte: „Gegen die reaktionären Waffen, das Volk in Waffen! Das bewaffnete Volk ist unbesiegbar!" Die Revolutionäre KP Chiles hat stets daran festgehalten, daß Imperialismus und Reaktion nur mit der Waffe in der Hand bekämpft werden können. Doch die Revisionisten sabotierten die Kampfbereitschaft des Volkes und die Forderung der Revolutionären KP Chiles, indem sie noch kurz vor dem Putsch ein Gesetz zur Waffenbeschränkung unterstützten, das dem Volk verbot, Waffen zu tragen. Es gelang ihnen zugleich, mit ihrem Geschrei vom „friedlichen Weg" die Illusionen innerhalb der Bewegung des Volkes zu schüren.

Die Revolutionäre KP Chiles geißelte damals das Vorgehen der Revisionisten und der reformistischen Unidad Popular: „Fortzufahren, den Massen eine reformistische Politik aufzudrängen durch die Unidad Popular, heißt fortzufahren, die Massen zu entwaffnen und sie in jedem Moment der brutalen Unterdrückung auszuliefern." Und genau so kam es auch am 11. September: Als die reaktionären Streitkräfte losschlugen, kämpften die Arbeiter und Bauern mit größtem Heldenmut, aber es fehlte ihnen die einheitliche geschlossene Führung und es fehlte ihnen an Waffen.

Der Einfluß der Revisionisten innerhalb der Arbeiterklasse war noch zu stark gewesen, die Massen hatten zu einem großen Teil den Illusionen Glauben geschenkt und waren auf die Auseinandersetzung nicht vorbereitet. So war die Niederlage vorerst unausweichlich.

Die Erfahrungen in Chile haben nachdrücklich die äußerst wichtige Lehre des Genossen Mao Tsetung bestätigt: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen." Wer wie die Revisionisten gegen die Bewaffnung des Volkes, gegen den revolutionären Befreiungskampf auftritt, wer stattdessen Kompromisse mit der Bourgeoisie sucht und das Volk zur Versöhnung statt zum Kampf erzieht, der verrät die Interessen des Volkes, der steht im Dienst der Reaktion.

Diese Rolle, das Volk zu entwaffnen und der Terrorherrschaft der Bourgeoisie auszuliefern, spielen die Revisionisten im internationalen Maßstab. In Portugal, wo die revisionistische Partei mit ihrem Vorsitzenden Cunhal einige Regierungsposten besetzt hält, versuchen die Revisionisten dem Volk ebenfalls weiszumachen, daß der Weg der Zusammenarbeit mit der Spinola-Regierung, der Weg der geduldigen Reformen zum Sozialismus führen würde. Im Namen des Sozialismus wagen sie dort so weit zu gehen, Streiks der Arbeiter niederschlagen zu lassen, den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung mit Terror und Gewalt am Boden zu halten.

Und in Westdeutschland? Auch hier treten die D„K"P-Revisionisten auf im Kampf gegen die Revolution und propagieren das Grundgesetz als Grundlage für den Kampf um den Sozialismus. Sie behaupten, die Kapitalistenklasse brauche nicht gewaltsam gestürzt, die Macht der Monopole könne auf friedlichem Wege „zurückgedrängt" werden. Diese Propaganda der Revisionisten bezweckt nichts anders als in Chile, die Arbeiterklasse politisch-ideologisch und letztlich auch militärisch zu entwaffnen und sie so dem Faschismus wehrlos auszusetzen. Chile hat gezeigt, daß der Faschismus sich nicht durch Reformen verhindern läßt, sondern einzig durch die Waffengewalt des Volkes, die der Herrschaft des Imperialismus, der Diktatur der Bourgeoisie ein Ende setzt.

Heute, ein Jahr nach dem Militärputsch, inszenieren die Revisionisten eine breite Kampagne zu Chile, versuchen sie, in die internationale Solidaritätsbewegung mit dem revolutionären Kampf des chilenischen Volkes einzudringen. Doch heute wie vor einem Jahr sabotieren sie den revolutionären Kampf des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta und gegen den US-Imperialismus. In ihrer Propaganda erscheinen vor allem die Führer der chilenischen Revisionisten, wie Corvolan, als die eigentlichen großen Opfer der faschistischen Militärjunta, als die größten Feinde der Junta. **Die Welt soll offensichtlich vergessen, daß sie es sind, die die Verantwortung für die Niederlage vom 11. September tragen.**

Sie stellen allein die Grausamkeit der Junta dar, erwecken Angst und Niedergeschlagenheit vor dem scheinbar übermächtigen Feind. Während der Kampf des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärjunta anschwillt, die Arbeiter und Bauern trotz schwieriger Bedingungen Streiks durchführen, appellieren die Revisionisten lediglich an das Mitleid der Öffentlichkeit und erklären das chilenische Volk zu einem wehrlosen Opfer der Junta

Es ist der Versuch, die Bewegung für die Unterstützung des revolutionären Kampfes in Chile zu zersetzen und in pazifistische Bahnen zu lenken, jede Sympathie für den bewaffneten Kampf zu ersticken.



Vor dem Putsch – Landbesetzung in Südchile: „Das Land soll denen gehören, die es bearbeiten."

Diesen Feinden des Befreiungskampfes der Völker, diesen Saboteuren der bewaffneten Revolution das Handwerk zu legen, sie zu entlarven und ihren Einfluß zu bekämpfen, ist eine zentrale Aufgabe, um die Solidarität mit dem chilenischen Volk voranzutreiben, ist ein fester Bestandteil der internationalistischen Pflicht eines jeden Kommunisten.

Was aber tun die opportunistischen „K"BW-Führer? In einer Reihe mit den Trotzkisten der GIM fordern sie SPD, D„K"P, Gewerkschaftsführer zu einer gemeinsamen Kampagne zum 11. September auf. Dieses Angebot der „K"BW-Führer, bei entsprechender Anerkennung sich vollends auf die Seite des Reformismus, Revisionismus und Trotzkismus zu schlagen, ist die Bankrotterklärung, der Gipfel des Opportunismus dieser Führer. In ihrem Aufruf, den sie unter dem Titel „Chile-Komitee" firmieren lassen, wird nicht im geringsten der Putsch als Komplott des US-Imperialismus mit der chilenischen Reaktion entlarvt, wird der revolutionäre Kampf des chilenischen Volkes gegen die Junta genauso verschwiegen wie von den Revisionisten der D„K"P. Nicht ein Wort richten sie gegen den Verrat der modernen Revisionisten, die in Chile dem Putsch der Reaktionäre den Weg bereitet haben. Im Gegenteil, sie behaupten, unter Allende sei der Aufbau des Sozialismus vorangetrieben worden, hätten sich die Arbeiter bereits eigene Machtorgane geschaffen. Das ist nichts anderes als die revisionistische Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus". Sozialismus – ohne in der proletarischen Revolution die Bourgeoisie gestürzt zu haben? Das heißt den Betrug der Revisionisten als Wahrheit ausgeben. Machtorgane der Arbeiterklasse im Kapitalismus? Entweder bürgerlicher Staatsapparat der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Ein Mittelding, daß beide Klassen zugleich herrschen, gibt es nicht. Vielmehr ist auch das eine Lüge der Revisionisten und Trotzkisten.

Die Kampagne des „K"BW ist ein Versuch, die Solidarität mit Chile in die Bahnen des Revisionismus zu zerren. Sie bestätigt erneut die Analyse unserer Partei, daß die Führer dieser Organisation Wasserträger der Revisionisten sind.

Die Gruppe Rote Fahne Dortmund erhebt zwar ein Riesengeschrei gegen die Zusammenarbeit des „K"BW mit Revisionisten und Trotzkisten, aber sie ist dennoch bereit, mit diesen Leuten eine gemeinsame Demonstration zu organisieren.

Wie prinzipienlos ihre Kritik am „K"BW, ihr Kampf gegen den modernen Revisionismus ist, zeigt sich in ihrer letzten Ausgabe der Roten Fahne. Sie kritisieren am Aufruf des „K"BW mit seinen Chile-Komitees, daß mit keinem Wort der Verrat der modernen Revisionisten angeprangert wird, daß mit keinem Wort die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution in Chile propagiert wird. **Zugleich aber besitzen sie die Frechheit, daneben ihren Aufruf zur Chile-Solidaritätswoche zu veröffentlichen, der sich in den genannten Punkten nicht einen Deut von dem Aufruf des „K"BW unterscheidet.**

Daß die GRF, die zum 1. Mai selbst Revisionisten und Trotzkisten zur Aktionseinheit aufrief und gemeinsam mit dem DGB marschierte, ihrer revisionistischen und trotzkistischen Spalterpolitik nicht abgeschworen hat, zeigt sich auch darin, daß sie die Revolutionäre Partei Chiles verleugnet. Sie bemühen sich um die Zusammenarbeit mit der trotzkistisch beeinflußten MIR und der sogenannten MAPU-Partei, einer Fraktion, die aus der Revolutionären KP Chiles ausgeschlossen wurde.

Die Solidarität und die Sympathie mit dem Kampf des chilenischen Volkes ist seit dem 11. September auf der ganzen Welt erstarkt. Auch in Westdeutschland ist diese Bewegung angewachsen. **Kämpfen wir darum, die Versuche der Revisionisten und Trotzkisten, diese Bewegung zu zersetzen und für ihren Betrug zu mißbrauchen, zurückzuschlagen. Denn die Erfahrungen in Chile haben erneut bewiesen, wie richtig Lenins Feststellung ist, daß man keinen ernsten und konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktionäre führen kann, wenn man nicht den Revisionismus bekämpft und zerschlägt.**



Kampfentschlossene Arbeiter bei einer Fabrikbesetzung in Chile.

Aus aller Welt

ZIONISTEN VERSTÄRKEN KRIEGSVORBEREITUNGEN

Die israelischen Zionisten verstärken mit Unterstützung der Supermächte (RM 34/74) ihre Terrorakte gegen das palästinensische Volk und ihre Kriegsvorbereitungen gegen die arabischen Völker. Israelische Bomber haben am 27. August sieben Dörfer im Südlibanon überfallen und dabei Phosphorbomben abgeworfen. Bei dem Überfall setzten die Zionisten auch Granatwerfer und Artillerie ein. Gleichzeitig begannen sie mit einem großangelegten Panzermanöver auf der Sinai-Halbinsel, in unmittelbarer Nähe der "Entflechtungslinie" zu den ägyptischen Truppen. Dieses Manöver fand nur 24 Stunden nach der Einberufung von Reservisten statt.

KAMPF DER ARBEITSLOSEN IN ITALIEN

In Neapel haben rund 200 Arbeitslose den Betrieb im Hauptbahnhof der Stadt lahmgelegt. Die Arbeiter blokkierten mit ihrer Aktion die Weichen auf dem Bahnhofsgelände. Zur gleichen Zeit besetzten Eisenbahnarbeiter in Caserta, 25 km nördlich von Neapel, die Schienen. Sie hatten mit dieser Aktion schon am 16. August begonnen, um den Kampf gegen die Entlassungen von 71 ihrer Kollegen zu führen. Durch ihren gemeinsamen Kampf verhinderten die Arbeiter den Zugverkehr in den italienischen Süden weitgehend. Die gemeinsame Aktion der Arbeitslosen Kollegen mit den Arbeitern der Eisenbahn ist ein sicheres Zeichen dafür, daß sich die Werktätigen Italiens enger im Kampf zusammenschließen und ihre Einheit gegen alle Spaltungsversuche verstärken.

KÄMPFE IN KAMBODSCHA

Getrieben von ihren ständig wachsenden Schwierigkeiten sahen sich die Verräter von Phnom Penh in der letzten Zeit gezwungen, bei den anderen Marionetten des US-Imperialismus in Südostasien um Hilfe zu betteln: in Indonesien, auf den Philippinen und in Thailand. Da diese Verräterecliquen selber in Schwierigkeiten stecken, nützt ihnen das allerdings nicht viel.

Die schlechte Lage der Verräterclique um Lon Nol ist das Ergebnis des unaufhaltsamen mutigen Kampfes der Nationalen Befreiungsarmee von Kambodscha und der Bevölkerung Phnom Penhs. Die Befreiungsarmee hat allein im Juni und Juli zwei neue Fronten eröffnet und dem Feind zahlreiche harte Schläge versetzt. Verzweifelt versuchen die Verräter, ihre Söldnertruppen gegen die Befreiungsarmee zu verstärken. Als die Verräterclique am 1. August einen solchen Aufruf zur Rekrutierung erließ, folgten ihm allerdings nicht einmal die Beamten.

Während die Verräterclique immer höhere Summen für den Krieg ausgibt, lebt die Bevölkerung von Phnom Penh am Rande des Hungertodes. Sogar der Reis ist auf 150 Gramm pro Tag rationiert und die meisten der Familien leben nur noch von dünnen Reissuppen. Die Folge dieser Hungersnot sind Protestaktionen in den Betrieben und auf den Straßen, die sich immer entschlossener gegen die Verräter richten. Anfang August wurden 50 Familien verhaftet und gefoltert, weil sie von ihrem wenigen Reis nicht auch noch den Söldnertruppen etwas abgeben wollten. In einer anderen Stadt der vorübergehend vom Feind besetzten Gebiete verteilten drei Fahrer die Wagenladungen voll Reis, die für die Verräterclique bestimmt waren, an die Bevölkerung.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Gewerkschaftsbonze als Spion für Moskau entlarvt!

Hans Faltermeier, seit 1964 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der ÖTV, ist ein Agent. Jahrelang hat er den Staatssicherheitsdienst der DDR und damit auch die sowjetischen Sozialimperialisten mit Informationen beliefert. Hans Faltermeier ist der zweite Moskauer Spion, der innerhalb eines halben Jahres verhaftet wird. Erst im Mai wurde bekannt, daß Günther Guillaume, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, nicht im Dienst der westdeutschen Imperialisten, sondern im Dienste der sowjetischen Sozialimperialisten gestanden hat.

Hans Faltermeier hatte zwar keine Spitzenposition im kapitalistischen Staatsapparat. Aber als Gewerkschaftsbonze hat er immerhin auch an „verteidigungspolitischen" Besprechungen mit Kriegsminister Leber teilgenommen. Als Gewerkschaftsbonze war er in der Lage, die sowjetischen Sozialimperialisten genauestens über die Stimmungen und politischen Verhältnisse unter den Arbeitern und Angestellten des sogenannten Öffentlichen Dienstes zu informieren. Es bedarf keiner großen Überlegungen, um zum Beispiel darauf zu kommen, daß die Namen der revolutionären und kommunistischen Angestellten und Beamten, die auf den schwarzen Listen der ÖTV-Bonzen stehen, auch in den Archiven des KGB liegen.

Die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins ist zurecht empört über diese Spionagetätigkeit. Noch deutlicher als beim Fall Guillaume stellt sich für viele bei dem Spion Faltermeier die Frage: was ist das für ein Arbeiter- und Bauernstaat, der die Werktätigen eines anderen Landes bespitzeln läßt? Was ist das für eine „Friedenspolitik", die die Bundesregierung mit den Ostverträgen betreibt, wenn als Ergebnis davon in Westdeutschland mehr Spione im Dienste der sowjetischen Sozialimperialisten ihr schmutziges Handwerk betreiben als in jedem anderen Land Westeuropas? **Nicht umsonst ergriffen Verkäufer der UZ, der Zeitung der D„K"P, eilig die Flucht, wenn Genossen der KPD/ML im Mai die Schlagzeile des ROTEN MORGEN ausriefen: Kein Pardon für Moskauer Spione!**

Denn diese Spione Moskaus sind kein Beweis für Freundschaft, Frieden und Entspannung. Sie sind die Vorfühler der Truppen des Warschauer Paktes, die den östlichen Teil Deutschlands besetzt halten, in deren Auftrag an der Mauer auf die Werktätigen aus der DDR geschossen wird. Die Spione Moskaus sind ein Beweis für die Feindseligkeit der sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber den westdeutschen Werktätigen, sind ein Beweis für Aggression und Kriegsdrohung.

Aber diese Spionagetätigkeit entlarvt nicht nur die sowjetischen Sozialimperialisten, sondern auch die westdeutschen Imperialisten. Faltermeier ist nicht der erste Spion im DGB-Apparat. Erst vor zwei Jahren wurde Hans Gronau, Bundessekretär des DGB, als Agent verhaftet. Heute kann er bereits wieder in der DDR für die Interessen der neuen Bourgeoisie und ihrer Oberherren arbeiten. Die westdeutschen Imperialisten tauschten ihn nach einem Jahr bereits wieder aus. Daß der Spion im Bundeskanzleramt, Günther Guillaume, im Gefängnis dick und fett wird, während politische Gefangene langsam zu Tode gefoltert werden, wirft ebenfalls ein Licht auf den Verrat der westdeutschen Imperialisten an den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Der Imperialismus kennt keinen Patriotismus. Wenn es sein imperialistisches Interesse verlangt, wie es momentan beim westdeutschen Imperialismus der Fall ist, dann duldet er sogar in gewissem Maße das Eindringen anderer imperialistischer Mächte.

Prozeß gegen Rechtsanwalt Jörg Lang:

Verteidiger der RAF-Genossen soll ausgeschaltet werden

Am 16. 9. 1974 beginnt vor der Staatsschutzkammer Stuttgart im Amtsgerichtsgebäude Ludwigsburg ein Prozeß gegen Jörg Lang, einen fortschrittlichen Rechtsanwalt, der unter anderem als Verteidiger von Genossen der RAF, als Verteidiger von Ulrich Luther oder als Verteidiger in Prozessen wegen des Roten Antikriegstages bekannt ist. Die Anklage lautet auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Diese Anklage stützt sich auf Vorfälle, die sich vor 2 1/2 Jahren ereignet haben sollen. In einer Zeit also, in der die Bourgeoisie mit verstärktem Terror und verstärkter Hetze gegen die Genossen der RAF vorging. Mit einer Hetzkampagne und Drohungen sollten damals auch die fortschrittlichen Rechtsanwälte eingeschüchtert werden. Dem Anwaltsbüro Lang/Croissant wurden damals Attentate angedroht.

In dieser Zeit wurde auch Rechtsanwalt Lang festgenommen und 4 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Grundlage dafür war die Aussage eines Ausländers, der für das Versprechen einer Aufenthaltsgenehmigung und für Geld provokative Angebote machte, für die die Polizei in Hamburg Material bereithielt. Als diese ohne Antwort blieben, behauptete er umgekehrt, Lang habe ihn um falsche Papiere usw. angegangen. Wegen „Fluchtgefahr" wurde Rechtsanwalt Lang dann festgenommen. Seitdem dieser Zeuge allerdings selber vor Gericht zugegeben hat, daß er von der Polizei bezahlt wurde, wurde er fallengelassen. Zwei neue Zeugen mußten jetzt an seiner Stelle die schmutzige Aufgabe als Achtgroschenjungen der Polizei übernehmen.

Erst im Dezember 1973 erhob die bürgerliche Klassenjustiz Anklage gegen Jörg Lang. Gerade noch rechtzeitig, damit der Prozeß noch vor derjenigen Staatsschutzkammer stattfinden konnte, die sich bereits damit „verdient" gemacht hatte, daß sie das Verfahren gegen Koglin, den Polizeimörder von Mc Leod, noch vor der Anklageerhebung niederschlug. Erst jetzt, wiederum mehr als ein Jahr später, kommt es zum Prozeß gegen Jörg Lang.

Das ist kein Zufall, genausowenig wie es ein Zufall ist, daß der Prozeß nicht in Stuttgart, sondern in einem kleinen Vorort von Stuttgart stattfinden soll. Noch rechtzeitig vor Beginn der RAF-Prozesse soll einer der mutigsten Verteidiger der RAF-Genossen, ein konsequenter Kämpfer besonders gegen die Isolationsfolter, fertiggemacht werden und das möglichst unter Behinderung der Öffentlichkeit. Seit seiner Verhaftung vor nunmehr 2 1/2 Jahren ist der Haftbefehl gegen Rechtsanwalt Lang immer noch nicht aufgehoben. Er muß sich einmal in der Woche bei der Polizei melden, ihm ist verboten, ins Ausland zu fahren. Eine Verurteilung im Prozeß würde es also der Klassenjustiz ermöglichen, Rechtsanwalt Lang sofort wieder ins Gefängnis zu bringen.

In Tübingen hat sich bereits ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung von Rechtsanwalt Lang gebildet. Der Kampf um seinen Freispruch und die sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen ihn muß das Anliegen aller sein.

Prozeß gegen Jörg Lang, Amtsgerichtsgebäude Ludwigsburg, Schorndorferstraße, am 16. 9. um 9.00 Uhr. Weitere Prozeßtermine: 18. 9., 19. 9., 23. 9., 25. 9., 26. 9.

Morddrohung der D'K'P ...

Fortsetzung von Seite 1

Das andere Ergebnis dieses faschistischen Anschlages ist, daß mir die Rolle der modernen Revisionisten als Agenten und Achtgroschenjungens des Kapitals noch klarer geworden ist."

Das D„K"P-Mitglied Hoffmann ist bei dieser Terroraktion nicht das erste Mal aufgefallen. Verschiedentlich versuchte er schon Informationen über die Partei zu bekommen, indem er sich als Interessent ausgab und bei mehreren Anlässen hat er Kieler Genossen und Freunde der KPD/ML fotographiert — gewiß nicht für sein Familienalbum!

DIE MODERNEN REVISIONISTEN SIND SOZIALFASCHISTEN!

Es besteht vielfach die Auffassung, vor allem bei bestimmten Zirkeln, daß die modernen Revisionisten in der ganzen Welt, auch in Westdeutschland, zwar keine Kommunisten, aber doch fortschrittliche Leute sind. Wir sagen, diese Auffassung ist falsch! **Die Modernen Revisionisten sind keineswegs fortschrittliche Leute, sondern sie sind Sozialfaschisten, die sich zum Betrug der Arbeiterklasse und des Volkes ein kommunistisches Mäntelchen umhängen. Dies trifft sowohl für die Revisionisten, die an der Macht sind, zu, als auch für die revisionistischen Parteien, die nicht an der Macht sind.**

Als nach Stalins Tod die Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion die Macht an sich riß, hat sie die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen verwandelt. Die modernen Revisionisten in der Sowjetunion üben eine Diktatur nach der Art Hitlers über das Volk aus. Sie sind eine neue Bourgeoisie, Sie sind Imperialisten, die das Ansehen der sozialistischen Sowjetunion unter Stalin bei den Werktätigen in aller Welt für ihre finsteren imperialistischen Pläne und Ziele ausnutzen. In ihrem Land üben sie eine erbitterte Terrorherrschaft gegen die Werktätigen aus, schicken fortschrittliche Werktätige und Marxisten-Leninisten ins Gefängnis, sperren sie in Irrenhäuser und ermorden sie. Sie errichteten KZs und Arbeitslager, bauten riesige Geheimdienste auf, die gegen das sowjetische Volk und gegen andere Völker gerichtet sind. Überall auf der Welt versuchen sie, in Konkurrenz und Kollaboration mit den US-Imperialisten und anderen imperialistischen Ländern die Völker auszubeuten und unter ihre Knute zu zwingen. Vor sechs Jahren haben sie das tschechoslowakische Volk überfallen, blutig unterdrückt und ein ihnen völlig höriges Marionettenregime dort errichtet. Wie erst vor einer Woche im Falle Zypern wieder klar wurde, lassen sie nichts unversucht, sich überall einzumischen und als „Friedensstifter" getarnt das Feuer zu schüren, um sich ihr Süppchen zu kochen.

Überall, wo der Militärstiefel der sowjetischen Sozialimperialisten im Verein mit der einheimischen Bourgeoisie herrscht wurde die Diktatur des Proletariats in ihr Gegenteil verwandelt und zu einem faschistischen Staatsapparat ausgebaut.

Als 1970 die polnischen Werftarbeiter streikten und mit der „Internationale' auf den Lippen demonstrierten, wurden sie — die Arbeiter — von der Polizei und Armee der Revisionisten beschossen und terrorisiert. Deutlicher hätte sich das Regime in Polen nicht als sozialfaschistisches entlarven können.

Und was geschieht mit dem Teil des deutschen Volkes, der in der DDR lebt? Die Honnecker-Clique muß ihr Gefängnis für die Arbeiter und Bauern sogar mit Stacheldraht, mit Minenfeldern und Schießbefehl absichern, damit die Werktätigen nicht den faschistischen Unterdrückern entkommen. Zu der Zeit, als die DDR noch sozialistisch war, haben die Werktätigen mit Begeisterung ihr sozialistisches Vaterland aufgebaut. Keine Mauer, kein Schießbefehl, mußten sie dazu zwingen. Aber heute ist von Sozialismus nur noch eine Tarnmaske für die Honnecker-Clique übriggeblieben, um ihrem faschistischen Unterdrückungsapparat ein sozialistisches Mäntelchen umzuhängen.

In den revisionistischen Ländern herrschen sozialfaschistische Regimes! Weil sie ihr faschistisches Terrorregime gegen das Volk als Sozialismus ausgeben, schaden sie in ganz besonders übler Weise der revolutionären Bewegung in der Welt. Sie liefern das Argument für die westlichen Bourgeoisien, daß auch im Sozialismus die Werktätigen blutig unterdrückt werden und so der Kampf für den Sozialismus nicht lohnt.

Wie sieht die Sache mit den revisionistischen Parteien aus, die nicht an der Macht sind? Sind sie, die noch nicht selbst eine Terrorherrschaft über die Arbeiterklasse ausüben können, keine Sozialfaschisten? Sind sie fortschrittliche Leute, die „nur" eine falsche Vorstellung vom Weg zum Sozialismus haben? Wie sieht es mit der Rolle der D„K"P in Westdeutschland aus?

Zwischen den modernen Revisionisten, die an der Macht sind, und den anderen revisionistischen Parteien besteht kein prinzipieller Unterschied — weder in der Ideologie noch in der politischen Zielsetzung. Beide kämpfen nicht für die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern für ihre Unterdrückung. Wir wollen es am Beispiel der revisionistischen Partei in Westdeutschland, der D„K"P, zeigen.

Die Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern — so auch in Westdeutschland — führt den Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen mit verschiedenen Mitteln. Sie wendet die Mittel der Lüge, der Demagogie und des Betrugs an und die Mittel der terroristischen und brutalen Unterdrückung. Solange für die Diktatur der Bourgeoisie der Rahmen einer bürgerlichen Demokratie noch ausreicht, um das werktätige Volk niederzuhalten, zieht es die Bourgeoisie vor, dieses Mittel einzusetzen. Sie errichtet dann eine faschistische Diktatur, wenn sie ihre Herrschaft ernsthaft gefährdet sieht.

Eine äußerst wichtige Funktion für die Bourgeoisie haben hier die modernen Revisionisten. Ihre Aufgabe ist es, in der Arbeiterbewegung als Kämpfer für den Sozialismus, als Kommunisten aufzutreten, und sich dadurch bei der Arbeiterklasse Gehör zu verschaffen. In Wirklichkeit aber, dem Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus aufs Schärfste zu bekämpfen. Dadurch, daß die modernen Revisionisten Erscheinungen des Kapitalismus, gegen die die Arbeiterklasse kämpft, als Einzelerscheinungen und „Auswüchse" darstellt, und den Ausweg in Reformen und im „Zurückdrängen der Monopole" angeben, zerren sie das Bewußtsein der Massen zurück und versuchen den Zorn der Werktätigen in den Kapitalismus erhaltende Bahnen zu lenken. Dabei kann es durchaus sein, daß sich die D„K"P-Revisionisten in einzelnen Fällen wortradikal an die Spitze von Streiks und anderen Kämpfen stellen und in einzelnen Fällen sogar richtige Tagesforderungen aufstellen. Würden sie das nicht tun, hätten sie schnell ihr wahres Gesicht entlarvt.

Das Wesentliche an ihrem gemeinen Verrat ist, daß sie den Massen einzureden versuchen, dieses imperialistische System könne über den Weg von Reformen, über das Parlament durch Verstaatlichungen in ein sozialistisches übergeführt werden. Mit dieser Ideologie erfüllen sie zwei Aufgaben: Einmal ebnen sie der Errichtung des Faschismus durch die Bourgeoisie den Weg, indem sie die Massen ideologisch, politisch und militärisch (wie z. B. in Chile) entwaffnen. Zum anderen bauen sie vor, um einmal selbst eine sozialfaschistische Diktatur vom Muster der heutigen revisionistischen Länder über das Volk errichten zu können. Wenn die Revisionisten z. B. von Verstaatlichung reden, tun sie so, als wäre Verstaatlichung ein Schritt zur sozialistischen Gesellschaft. In Wirklichkeit aber kommt es darauf in, in welchem Staat verstaatlicht wird. Ist der Staat eine Diktatur der Bourgeoisie — und solange er nicht gewaltsam von den Massen gestürzt und zerschlagen worden ist, bleibt er das — dann ist in so einem Staat die Verstaatlichung nicht mehr und nicht weniger als staatsmonopolistischer Kapitalismus. Dagegen haben die D„K"P-Revisionisten selbstverständlich nichts einzuwenden. Nur: der Karren, vor den sie die Arbeiterklasse spannen wollen, führt nicht zum Sozialismus, sondern höchstens zu einem Pferdewechsel innerhalb der Bourgeoisie.

Gerade die deutsche Arbeiterklasse hat bereits bittere Erfahrungen gesammelt mit solchen Betrügern. Als die SPD 1918/19 die deutsche Revolution blutig niederschlug, als Noske auf Arbeiter schießen ließ, da sprach die SPD, da sprach Noske vom Sozialismus. In Wirklichkeit waren sie eine faschistische Bande, die den Sozialismus zum Schein im Munde führte.

Die heutige D„K"P kann noch keine Polizeichefs befehligen und direkt auf kämpfende Arbeiter hetzen. Ihre üble Rolle hat momentan ihren hauptsächlichen Ausdruck in der ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse. Doch sie kann hier nicht ungestört agieren. Gerade im Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten wurde die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML geschaffen. Sie ist der härteste und unnachgiebige Feind der Kapitalistenklasse und ihrer Agentur in der Arbeiterbewegung, der D„K"P. **Die KPD/ML ist es, die den Revisionisten einen Strich durch die Rechnung macht, die ihre Schandtaten unermüdlich vor den Werktätigen enthüllt und damit die Revisionisten in arge Bedrängnis bringt.** Ständig müssen sie sich verteidigen, rechtfertigen; den Marxismus-Leninismus, als dessen Vertreter sie vor den Massen dastehen wollen, immer mehr offen angreifen. Sie müssen Lenin und andere Klassiker verfälschen, sie müssen immer neue Lügen gegen die wirklich sozialistischen Länder China und Albanien aushecken — und sie verstricken sich dadurch immer mehr in Widersprüche.

Vor allem in Westdeutschland, wo sie dauernd die Schandtaten des Sozialimperialismus und der sozialfaschistischen Honeckerclique verteidigen müssen, haben sie einen schweren Stand. Je mehr ihnen die Partei die Maske herunterreißt, je mehr fortschrittliche Arbeiter die Partei ihrem Einfluß entzieht, desto größer wird ihr Haß gegen die Partei.

Die Revisionisten in der Regierung in Portugal haben Marxisten-Leninisten ins Gefängnis sperren lassen und gleichzeitig die Polizei gegen streikende Arbeiter eingesetzt. Dazu hat die D„K"P momentan noch nicht die Möglichkeit. Sie verbreitet Lügen über die Partei, und versucht dadurch die Partei von den Massen zu isolieren. Je weniger ihr dies jedoch gelingt, desto blindwütiger geht sie gegen die Partei vor, desto offener zeigt sie ihr faschistisches Gesicht. Es gibt viele Beispiele, wo die D„K"P-Schlägertrupps mit Tränengas, mit elektrischen Schlagstöcken, mit Prügeln und mit Fäusten gegen die Genossen unserer Partei vorgegangen sind, um zu verhindern, daß die Partei zu ehrlichen Mitgliedern und Sympathisanten der D„K"P — die die Revolution wollen, aber von den modernen Revisionisten in die Irre geführt sind — Kontakt aufnimmt, und um revolutionäre Aktionen der Partei zu verhindern.

In den letzten Wochen hat sich — wie anfangs berichtet — der Terror der D„K"P-Revisionisten gegen die Partei erheblich zugespitzt. Dies ist kein Zufall. Es ist Ausdruck des verschärften Klassenkampfes und Ausdruck dafür, daß der konsequente Kampf der Partei gegen diese Verräter immer erfolgreicher wird. **Gerade in Hamburg konnte die Partei im Wahlkampf vielen Menschen klarmachen, daß ein grundlegender Unterschied zwischen Revisionisten und Kommunisten besteht, daß es sich bei unserem Kampf gegen die D„K"P nicht um einen „Bandenkrieg", um „Familienstreitigkeiten" handelt. Das hat die D„K"P schwer getroffen. Bis in ihre eigenen Reihen hinein haben sich die Widersprüche zugespitzt. Einige ehrliche D„K"P-Mitglieder haben sich an die Partei gewandt, und den wahren Charakter dieser Revisionistenpartei erkannt.**

Manche Genossen der alten KPD, die unseren Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust, schon von der Arbeit in der illegalen KPD kennen und schätzen, stellen sich immer häufiger die Frage, ob sie in der D„K"P überhaupt für das Ziel kämpfen, das sie wollen — immer häufiger geben sie die Antwort: Genosse Aust hat recht, die D„K"P kämpft nicht für die proletarische Revolution, sondern die KPD/ML. (An dieser Stelle möchten wir betonen, daß nicht alle Mitglieder oder Sympathisanten der D„K"P Soizalfaschisten sind. Gerade die Demagogie der modernen Revisionisten ist es ja, die auch ehrliche Arbeiter, die für das Richtige kämpfen wollen, in den Einfluß und manchmal auch in die Arme dieser üblen Verräter treibt).

Kein Wunder, daß in dieser für die Revisionisten immer schlechteren Situation sich ihr Terror verschärft, daß sie nicht nur mit Lügen und Demagogie vorgehen, sondern mit offener physischer Gewalt gegen die Kommunisten. Ihre sozialfaschistische Fratze tritt offen zutage. Deshalb, weil wir wissen, daß die Revisionisten ihren gefährlichsten Gegner in unserer Partei sehen, und deshalb, weil sie ihren Terror bereits mehr und mehr verschärfen; deshalb weil ihre Wut gegen den Genossen Ernst Aust ganz besonders groß ist, müssen wir ihre Mordpläne ernst nehmen. Auch wenn sie langfristig gesehen — wie alle Reaktionäre — Papiertiger sind, sind sie taktisch gefährlich.

Die Partei wird sich deshalb vorbereiten und zur Wehr setzen. Wir werden den ideologischen Kampf gegen den modernen Revisionismus in unserer Massenarbeit verstärken und wir werden die Angriffe der Revisionisten auf unsere Genossen zurückschlagen und nicht unbeantwortet lassen.

NIEDER MIT DEN SOZIALFASCHISTEN DER D„K"P!

Trotz Demagogie vom "reformierten Strafvollzug" -

Empörung gegen Folter wächst

„Wer unseren reformwilligen Vollzug stört, wird rücksichtslos eliminiert.“ – In diesem Satz Justizminister Benders gipfelte bisher die Demagogie, mit der die Bourgeoisie versucht, die Empörung der Massen vom Klassencharakter des Strafvollzugs abzulenken auf die „Übergriffe“ einzelner Beamter.

Aber mit dieser Demagogie vergrößern die verantwortlichen Beamten der Justiz das Dilemma für die Bourgeoisie nur noch weiter.

50 Einzelverfahren, so hört man, sind inzwischen eingeleitet worden. 11 Beamte sitzen in Haft. Rigoros, so hört man, sollen jetzt alle Anzeigen und Beschwerden, die seit 1970 anliegen, verfolgt werden. Nebenbei erfährt man: Alle Anzeigen, die seit 1966 aus den Gefängnissen Baden Württembergs eingegangen sind, wurden eingestellt. Allein gegen den Gefängnisarzt des Mannheimer Gefängnisses wurden seit 1966 92 Anzeigen abgeheftet und abgelehnt. Gleichzeitig hört man von Beleidigungsklagen und Prozessen gegen diejenigen, die sich über diesen Arzt beschwert haben. Wenn man das alles verfolgt dann ist noch sehr die Frage, ob die Bourgeoisie mit ihrer Demagogie nicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie will: Nämlich statt Illusionen in die Justiz zu wecken, diese weiter zu erschüttern und die Empörung der werktätigen Massen gegen die Klassenjustiz weiter zu schüren.

In der Tat ist der Klassencharakter der bürgerlichen Justiz und ihres Strafvollzuges in Mannheim deutlich zu Tage getreten. Auf einen kurzen Nenner gebracht, ist das Fazit, daß jeder, der auch nur die bürgerlichen Presseberichte liest, ziehen muß: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

Wer ohne weiteres 50 000 DM springen lassen kann, der kann sich z.B. im Gefängnis ein gutes Leben machen, kann sich mit seiner Freundin treffen, kann sich zu essen und zu trinken kaufen, was er will. Der Mannheimer Fall ist nur deshalb ans Tageslicht gekommen, weil der Bogen überspannt wurde – der Gefangene ging nach Hause. Wer das entsprechende Geld hat, für den ist auch die U-Haft ein unbekanntes Übel – die entsprechende Kaution erhält die Freiheit.

Wer kein Geld hat, wer ein Arbeiter oder ein kleiner Angestellter ist, der bekommt die andere Seite der Klassenjustiz und ihrer Gefängnisse zu spüren. So wurde ein älterer Mann in Dortmund drei Monate in U-Haft gehalten, einzig und allein deshalb, weil er die Scheibe eines Zigarettenautomaten eingeschlagen hatte. Der Richter bestätigte die Haft, obwohl der Angeklagte keine einzige Schachtel Zigaretten gestohlen und zudem noch selber die Polizei gerufen hatte.

Nicht umsonst klafft im „rigorosen Vorgehen“ der badenwürttembergischen Justizbehörden eine Lücke. **Nach wie vor heißt es: Es gibt keine politischen Gefangenen. Es gibt keine Mißhandlungen an den politischen Gefangenen. Das hat seinen guten Grund. Denn gerade an den politischen Gefangenen zeigt sich, daß die angeblichen Ausschreitungen einzelner Beamter Teil des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sind. Und zwar in ganz besonderer Schärfe.**

Nehmen wir nur den Gefangenen Ulrich Luther als ein Beispiel, der ebenfalls eine Zeit lang im Mannheimer Gefängnis inhaftiert war.

In Bruchsal, wo Genosse Ulrich 1973 inhaftiert war, kam es 1973 zum Hungerstreik der Gefangenen und zu anderen Kampfaktionen gegen die unerhörte Ausbeutung und Unterdrückung der Gefangenen: Gegen die Zwangsarbeit für 2 DM am Tag, die überhöhten Preise und die Disziplinarmaßnahmen.

Bender, der sich heute als „hintergangener Strafvollzugsreformer“ hingestellt, hat damals bei seinem Besuch bei Bruchsal, wo ihm der offene Haß der Gefangenen entgegenschlug, „entschlossene Gegenmaßnahmen“ gegen dieses „Werk roter Agitatoren“ angekündigt.

Als einer der „Rädelsführer“ kam Ulrich Luther in Isolierhaft. Hier ein Zitat aus seinem Einweisungsgutachten in eine Haftanstalt:

„Sollte das politische Engagement die einzige Alternative zur Hoffnungslosigkeit seines Daseins bleiben, wird er wohl kaum in irgendein bestehendes soziales Gefüge zurückfinden. Ulrich Luther erscheint zur Zeit nicht gemeinschaftsfähig.“

Das ist im Klartext die Strategie der Bourgeoisie gegenüber denen, die gegen den Kapitalismus kämpfen: sie werden als „nicht gemeinschaftsfähig“ isoliert. Dieses Urteil „nicht gemeinschaftsfähig“ aber bedeutet für die politischen Gefangenen in Isolierhaft den langsamen Tod.

Denn totale Isolation, wie sie über die Genossen der RAF und anderer Organisationen, wie sie gegenüber Ulrich Luther verhängt wird, führt nach einer bestimmten Zeitdauer unausweichlich zum Tode. Die Gehirnzellen des Menschen bekommen über die Nervenbahnen durch die Sinnesorgane ihre Impulse, sozusagen ihre Nahrung. Die Sinnesorgane müssen dazu angeregt werden. Man muß sehen, fühlen, hören. Durch die Isolation werden diese Reize entzogen. Dadurch erleiden die Gehirnzellen zunächst Funktionsschäden, werden schließlich zerstört. Eine Gehirnzelle kann aber nicht regenerieren. Deshalb ist diese Art der Folter zwar unblutig, aber Wunden am Körper, Knochenbrüche usw. können geheilt werden, die Schäden, die die Isolationsfolter hervorruft, nicht.

Ulrich Luther befindet sich jetzt bald 6 Jahre in Isolationshaft. Als Folge davon mußte er einen Fernkurs für das Abitur aufgeben, weil er sich nicht mehr konzentrieren konnte. Er leidet seit einiger Zeit an Bewußtseinsstörungen zittert oft am ganzen Leib. Am 4.8. schrieb er an seinen Rechtsanwalt, Jörg Lang: **„Gestern abend gings einfach nicht mehr weiter. Plötzlich war der Nebel da, schlagartig und mit einer noch nie dagewesenen Undurchsichtigkeit. Ich hab' buchstäblich nichts mehr gesehen, konnte nicht mal mehr das Konzept erkennen...“**

Weg mit der Isolierhaft

Diese grausame Folterung an den politischen Gefangenen ruft die Empörung von immer mehr Menschen hervor. Für die Aufhebung der Isolationsfolter Ulrich Luthers setzten sich – unter ständiger Bedrohung und Gefährdung – auch 25 Gefangene aus dem Mannheimer Gefängnis ein. Die Bewegung gegen seine Isolierung wuchs, als in den letzten Wochen die Wahrheit auch über seinen Fall an eine breitere Öffentlichkeit drang. Am 18.8. schrieb Ulrich Luther an seinen Anwalt:

„Da Bender nun nicht mehr darauf hoffen kann, daß seine bewaffneten Killerkommandos mich hier ermorden, besteht eigentlich kein Grund mehr, mich hier in Mannheim zu belassen.“ – Am 19.8. wurde Ulrich Luther in das Gefängnis Butzbach in ein anderes Bundesland verlegt.

Die Verlegung Ulrich Luthers ist nicht der einzige Fall, in dem mit einer Abschiebung der politischen Gefangenen auch die Solidarität mit ihnen und ihrem Kampf sabotiert werden soll. Auch Ulrike Meinhoff und Gudrun Ensslin wurden verschleppt. Aber diese Manöver der Bourgeoisie können den Klassencharakter der Justiz nicht verdecken. Dafür zeigen sie umso deutlicher die Schwierigkeiten der Bourgeoisie, die bei der Verübung ihrer Verbrechen heute überall auf die Empörung der Massen trifft.

Terrorurteil gegen RAF Genossen

Interview mit der Freundin von Genossin Brigitte Mohnhaupt

Am 30. 8. wurden die Genossen Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun zu je viereinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Beide sind seit dem 9. Juni 1972 in Untersuchungshaft. Das Gericht unterstellte ihnen eine „äußerst aktive Beteiligung“ an Aktionen, die der RAF zur Last gelegt werden. Genau wie in anderen Prozessen war es aber auch hier der bürgerlichen Klassenjustiz nicht möglich, auch nur einen Beweis dafür zu liefern. Einziger unumstrittener Anklagepunkt blieb auch hier: die revolutionäre Gesinnung der Genossen, die sich auch in der jahrelangen Haft nicht gewandelt hat.

Der ROTE MORGEN sprach mit einer Freundin von Genossin Brigitte, die sie vier Tage vor der Urteilsverkündung im Westberliner Frauengefängnis Lertherstraße besuchte.

RM: Gisela, Du hast Genossin Brigitte vor einigen Tagen im Gefängnis besucht. Wie dachte sie damals über den Ausgang des Prozesses?

Gisela: Brigitte hat seit dem Beginn der Verhandlungen nicht mehr am Prozeß teilgenommen. Als ich dort war, hatte der Staatsanwalt gerade kurz vorher seinen Antrag gestellt. Man hat es nicht für nötig gehalten, Brigitte davon zu informieren. Sie hat nur durch Zufall davon erfahren, weil eine andere Gefangene abends im Fernsehen gehört hatte, daß der Staatsanwalt sie für 4 1/2 Jahre, also für 2 weitere Jahre in Haft halten will. Als ich von diesem Antrag gehört habe, habe ich nicht glauben wollen, daß auch das Urteil so aussehen wird. Ich habe gedacht, man kann sie doch nicht noch 2 Jahre länger im Gefängnis behalten, nur weil sie gegen den Kapitalismus ist und weil die Justiz ihr illegalen Waffenbesitz, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Urkundenfälschung vorwirft. Brigitte hatte nicht solche Illusionen in die Justiz. Sie hat gleich gesagt, daß der Richter den Antrag des Staatsanwalts wohl annehmen wird.

RM: Wie wird Brigitte im Gefängnis behandelt?

Gisela: Brigitte ist nicht isoliert wie andere politische Gefangene. Aber verschärft sind ihre Haftbedingungen trotzdem. So kann ich sie zum Beispiel nur zweimal im Jahr besuchen, natürlich immer im Beisein eines Polizisten und einer Wärterin. Sie darf auch ihrem Freund, der mit ihr verurteilt wurde, nicht schreiben, weil er auch im Gefängnis ist. Einige Tage, bevor ich sie besucht habe, ist ihre Zelle durchsucht worden. **Morgens kamen Polizisten in ihre Zelle und in die Zellen anderer politischer Gefangener. Angeblich sollte ein Sender existieren. Dabei haben sie Brigittes Radioapparat beschlagnahmt und außerdem sämtliche Akten mit ihren persönlichen Aufzeichnungen.** Das mit dem Sender ist nichts als ein Vorwand. Der Radioapparat, den Brigitte besitzt, ist wie alle anderen auch, von der Anstaltsleitung genehmigt. Diese Radios mußten alle auf ausschließlichen Mittelwellenempfang umgebaut werden. Damit lassen sich aber nur große Sender, wie zum Beispiel RIAS empfangen. **Die Erfindung dieses angeblichen Senders hat einen bestimmten Grund. Brigitte hat gesagt: jetzt haben wir einen zweiten § 129 am Hals. Man will die politischen Gefangenen in der Lertherstraße also womöglich noch wegen krimineller Vereinigung im Gefängnis anklagen, um sie noch länger in Haft halten zu können.**

RM: Was meint Brigitte dazu?

Gisela: Brigitte hat sich, seit sie im Gefängnis ist, nicht unterkriegen lassen. Sie hat nicht resigniert und ist auch von ihrem Kampf gegen den Kapitalismus nicht abgerückt. Im Gegenteil. Sie hat sogar im Gefängnis dazugelernt. Und zum Beispiel gesehen, daß das Ziel der RAF zwar richtig war, der Weg des Kampfes aber schwerwiegende Fehler hat. Sie erlebt auch an ihrer eigenen Familie, daß ihr Kampf weitergeht, auch wenn sie im Gefängnis sitzt. So sind ihrer Mutter durch das Schicksal ihrer Tochter die Augen geöffnet worden. Nachdem ihr klar geworden war, daß es vielen so geht wie ihrer Tochter, nimmt sie jetzt an den sogenannten Verwandtschaftstreffs der Angehörigen der RAF-Genossen teil und beteiligt sich so am Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen.



So wie hier in Gelsenkirchen war überall das Interesse groß.

Roter Antikriegstag

Forsetzung von Seite 1

15 Minuten bevor die Demonstration begann, schickte die Polizei noch per Eilbrief ein Verbot, Lautsprecher und Megaphone zu benutzen. Doch das Verbot wurde durchbrochen, Jeder soll hören, daß der Kampf gegen Imperialismus und Krieg auf der Tagesordnung steht.

Auf der Veranstaltung am Nachmittag sprach nach dem Vertreter der Partei und der Roten Garde Genosse Heinz Baron über die Prozesse zum Roten Antikriegstag 1972 in München. Reden wurden auch von Genossen der KP Spaniens/Marxisten-Leninisten, der Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten und der ROTEN HILFE gehalten. Auf der Veranstaltung wurden 450 DM für die Antikriegstagsprozesse gesammelt.

Westberlin. 500 Genossen und Freunde demonstrierten in einem einheitlichen und geschlossenen Zug gegen Imperialismus und Krieg. Die Menschen auf der Straße und an den Fenstern verfolgten den Demonstrationszug mit großem Interesse. Viele Diskussionen wurden geführt, in denen die Genossen besonders auf die nationale Frage und auf die revisionistische Entartung der DDR eingegangen wurde. „Ja, wenn ihr so zur Mauer und zur DDR steht...“, war die Reaktion vieler Leufe, die dann mehr über die KPD/ML wissen wollten. 1 760 DM wurden am Roten Antikriegstag in Westberlin für die KP Spaniens/Marxisten-Leninisten gesammelt.

Kiel. Schon früh am Morgen begann der Kieler Agit-Prop-Trupp, die Kieler Bevölkerung zur Demonstration der KPD/ML aufzurufen. Ungefähr 500 Kollegen und Genossen marschierten durch das Viertel der HDW-Kollegen. Unter der Bevölkerung konnten die Genossen große Anteilnahme und auch Freude darüber feststellen, daß es Kräfte gibt, die offen gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus auftreten.

München. Gleich zu Beginn der Demonstration wurde von der Polizei ausgerufen, daß das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Roten Antikriegstag beschlagnahmt sei. Ein Genosse wurde sofort festgenommen, seine Flugblätter wurden ihm weggenommen. Große Kolonnen von Mannschaftswagen fuhren vor, hinter und neben dem Demonstrationszug. Als der Zug eine fast menschenleere Straße passierte, kesselten die Polizisten den Zug von allen Seiten ein und suchten bei den Genossen nach den Extrablättern und nach verbotenen Ausgaben des ROTEN MORGEN. Ein Genosse wurde wegen angeblichen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ festgenommen. Sieben Polizisten hielten ihn fest, während ein Ziviler ihm mit dem Knie in die Geschlechtsteile trat. Auf der Polizeiwache, wo er 24 Stunden festgehalten wurde, mißhandelten sie ihn ebenfalls.

Die Menschen auf den Straßen und an den Fenstern waren empört über das riesige Polizeiaufgebot, das den Zug begleitete. Der Versuch der Polizei, die Genossen und Freunde einzuschüchtern, schlug fehl. Die Veranstaltung nach der Demonstration war nur um so kämpferischer.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

München:

Bereits am ersten Verhandlungstag mußte der Prozeß gegen Genossen Klaus Singer in München abgebrochen werden. Wahl, Staatsanwalt in dieser Berufungsverhandlung gegen einen Teilnehmer an der Roten Antikriegstagsdemonstration in München 1972 beschimpfte Rechtsanwalt Lang, den Verteidiger des Genossen, in übelster Weise. Wörtlich sagte er: „Es ist bedauerlich, daß es der Landesjustizverwaltung bisher immer noch nicht gelungen ist, einen Mann wie Lang, der sich Rechtsanwalt nennt, endgültig aus dem Gerichtssaal zu entfernen.“ Rechtsanwalt Lang verlangte daraufhin die Absetzung dieses Staatsanwalts für die weitere Verhandlung. Der Richter mußte diesem Antrag stattgeben.

Das ist nicht der erste Angriff auf Rechtsanwalt Lang. Bereits seit mehr als zweieinhalb Jahren versucht die bürgerliche Klassenjustiz, diesen fortschrittlichen Rechtsanwalt, Verteidiger einer Reihe von angeklagten RAF-Genossen, und anderer politisch Verfolgten, mürbe zu machen.

Am 16.9.74 wird vor der Staatsschutzkammer des Landgerichtes Stuttgart im Amtsgerichtsgebäude Ludwigsburg der Prozeß beginnen, mit dem Rechtsanwalt Lang, rechtzeitig vor dem Beginn der RAF-Prozesse in Stuttgart, kriminalisiert werden soll.

München:

Am 10.9. beginnt vor dem Münchner Amtsgericht ein Prozeß gegen Genossen Rainer Jungk. Genosse Rainer hatte in einem Prozeß gegen ihn drei Belastungszeugen der Polizei der Lüge bezichtigt. Offensichtlich wagte damals noch nicht einmal das Gericht, auf ihren Aussagen ein Urteil aufzubauen, denn Genosse Rainer wurde freigesprochen. Einige Zeit darauf erhielt er allerdings einen Strafbefehl über 1 200 DM wegen „Beleidigung der Polizei“. Gegen diesen Strafbefehl wurde Berufung eingelegt. Im Prozeß am 10.9. wird es vor allem darum gehen zu zeigen, wie die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, angeklagten Revolutionären vor Gericht den Mund zu verbieten und ihnen dabei die elementarsten Rechte der Verteidigung raubt.

Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest – Front gegen die beiden Supermächte:

"Von allen guten Dingen der Welt ist der Mensch das Beste."

Elf Tage lang, vom 19. bis zum 30. August, tagte in Bukarest die Weltbevölkerungskonferenz der UNO. An dieser Konferenz beteiligten sich über 130 Nationen, die mehr als 5 000 Delegierte nach Rumänien geschickt hatten. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Bevölkerungszahl auf der Welt sehr schnell vermehrt, besonders in der 3. Welt, in der die politische und wirtschaftliche Entwicklung einen großen Aufschwung genommen hat. Dort leben heute ungefähr drei Milliarden Menschen, das sind mehr als 70 % der gesamten Weltbevölkerung.

Die Imperialisten und Revisionisten stellen diese Tatsache als etwas Schlechtes hin, als eine große Gefahr für den Frieden und die Sicherheit. Sie behaupten, Hunger, Armut und Elend würden sich ins Grenzenlose vermehren, wenn es nicht gelingt, das Anwachsen der Bevölkerungszahlen zu stoppen. Auch in Bukarest bemühten sich die Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, ein düsteres Bild von der Zukunft der Menschheit zu malen.

Die beiden Supermächte haben die Behauptung aufgestellt, daß die Bevölkerungsdichte in den Ländern der 3. Welt besonders hoch ist, und daß diese Tatsache die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder behindert. In Wirklichkeit ist es ganz anders. Es genügt, einen Blick auf irgendeinen Atlas zu werfen, um festzustellen, daß die Bevölkerungsdichte in den westlichen kapitalistischen Ländern, in Europa und im Osten der USA am höchsten ist. Eine ähnlich hohe Bevölkerungsdichte haben nur noch Indien, Indonesien, das Nildelta und das Mündungsdelta des Rio de la Plata in Südamerika. **Wie kann man angesichts dieser Tatsache ernsthaft behaupten, daß die Armut der Entwicklungsländer das Ergebnis der Überbevölkerung ist?**

Viele Gebiete der Welt, besonders in Afrika, sind sogar äußerst dünn besiedelt. Die Bevölkerungszahl hat dort während langer Jahrzehnte abgenommen und weite Landstriche lagen brach und entwickelten sich aus fruchtbarem Kulturland zu Wüste oder Steppe. **Die Ursache dafür ist die Aggression, Unterdrückung und Sklaverei, die die Kolonialisten und Imperialisten Jahrhunderte lang betrieben haben.** Sie haben nicht nur große gesellschaftliche Güter geraubt, sondern auch die Bevölkerung vertrieben und ermordet. Allein in Afrika sind auf diese Art und Weise über 100 Millionen Menschen verloren gegangen. Die Hungersnot in den Ländern am südlichen Rand der Sahara, das langsame Vordringen der Wüste nach Süden z. B., ist nicht die Folge klimatischer Veränderungen, wie die Imperialisten und Revisionisten behaupten, sondern eine Folge der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus.

Die Imperialisten haben die Wirtschaftsstruktur vieler Länder der 3. Welt willkürlich zerstört und entsprechend ihrer Gier nach Höchstprofiten verändert. Das ist der Grund, warum viele dieser Länder Monokultur betreiben, vor allem Nutzpflanzen produzieren, während der Anbau von Getreide zur Versorgung der Bevölkerung unterentwickelt ist, und durch Importe ausgeglichen werden muß.

Die beiden Supermächte bemühen sich, diesen Zustand mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Ein Beispiel ist die Ausplünderung Kubas durch die sowjetischen Sozialimperialisten, die auch zeigt, was die Sozialimperialisten unter „wirtschaftlicher Hilfe" verstehen, ohne die, wie sie auf der Weltbevölkerungskonferenz behauptet haben, die Entwicklungsländer keine Perspektive hätten.

Kuba war jahrzehntelang der Zuckerlieferant für die USA-Imperialisten, während alle anderen Arten der Produktion völlig unterentwickelt waren. Nach der Revolution bemühge sich das kubanische Volk, die Folgen dieser Monokultur zu beseitigen und die Produktion allseitig zu entwickeln. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben die daraus entstandenen Schwierigkeiten ausgenutzt, das kubanische Volk durch die Vergabe von Krediten erpreßt, die Erhöhung der Zukkerproduktion gefordert und Kuba auf diese Art und Weise in ihre Abhängigkeit gebracht. Heute ist Kuba der Zuckerlieferant für die sowjetischen Sozialimperialisten.

Die USA-Imperialisten haben in ihrem Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas Reisfelder unter Wasser gesetzt und zerbombt, so daß diese Länder heute Reis importieren müssen, während sie sich früher selbst damit versorgen konnten.

Die beiden Supermächte, vor allem der USA-Imperialismus, sind die Hauptgetreidelieferanten für die Länder der 3. Welt. Sie nutzen diese Tatsache zur Ausplünderung der Völker. In nur drei Jahren erhöhten die USA-Imperialisten den Preis für Weizen von 62 Dollar pro Tonne auf 220 Dollar. Sie steigerten ihre Profite aus dem Lebensmittelexport seit 1971 um 15 %, von den 9 % auf überhöhte Preise zurückzuführen sind. All dies beweist, wer für den Hunger, die Armut und das Elend in der Welt verantwortlich ist. Die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest hat gezeigt, daß sich die Länder der 3. Welt enger im Kampf gegen den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte zusammenschließen.

In seiner Rede auf der Weltbevölkerungskonferenz sagte der Vertreter der VR China, Huang Tschu Tse:

„Nach langen und heroischen Kämpfen der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hat eine große Zahl von Ländern aufeinanderfolgend die politische Unabhängigkeit erlangt, bemerkenswerte Fortschritte der Entwicklung der Ökonomie und der nationalen Kultur im Vergleich zur Vergangenheit verwirklicht. Entsprechend dieser Entwicklung war die Bevölkerungszunahme relativ schnell. Das ist keineswegs eine schlechte, sondern im Gegenteil eine sehr gute Sache. In der gegenwärtigen Situation, in der große Umwälzungen in der Welt stattfinden und die breiten Volksmassen jeden Tag bewußter werden, bedeutet die starke Bevölkerungszahl der 3. Welt eine wichtige Bedingung für die Entwicklung ihres Kampfes gegen den Imperialismus und gegen das Vorherrschaftsstreben und für die Beschleunigung ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung." (Inoffizielle Übersetzung).

Viele Länder der 3. Welt haben inzwischen ihre landwirtschaftliche Produktion gesteigert, neue Anbauflächen erschlossen, die Mechanisierung der Landwirtschaft gesteigert, Be- und Entwässerungsprojekte gebaut, um Trockenheit und Überschwemmungen zu verhindern. Tansania z. B. wird in den zehn Jahren von 1968 bis 1979 1,62 Mio. ha Wüstenland urbar machen. Schon jetzt werden dort seit 1970 jedes Jahr 90 000 ha Wüstenland urbar gemacht.

Vor allem die Entwicklung in der VR China und der VR Albanien zeigt, daß die Theorien der Imperialisten und Revisionisten über die Gefahr einer „Bevölkerungsexplosion" völlig unhaltbar sind. Seit der Befreiung hat sich in Albanien die Bevölkerungszahl verdoppelt, während der Wohlstand des Volkes ständig steigt.

In China hat sich die Bevölkerung seit der Befreiung um 60 % von 500 Mio. auf fast 800 Mio. Menschen gesteigert. Aber während es in China vor der Befreiung Hunger, Arbeitslosigkeit und Elend gab, ist es heute völlig anders. Das Land ist nicht ärmer geworden, sondern reicher, das Volk führt ein besseres Leben, kein schlechteres.

Huang Tschu Tse sagte in Bukarest:

„Von allen guten Dingen der Welt ist der Mensch das Beste. Wenn er sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, wird er in der Lage sein, alle Arten von Wundern zu vollbringen. Der Mensch soweit er Arbeiter ist, Hersteller, Benutzer von Werkzeugen, ist der entscheidende Faktor der gesellschaftlichen Produktivkräfte." (Inoffizielle Übersetzung).



Reiche Ernte in der VR China. Obwohl die Bevölkerung sich seit der Befreiung von 500 auf 800 Mio. erhöht hat, geht es dem Volk von Jahr zu Jahr besser.

Die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte, benutzen die Bevölkerungspolitik als Mittel, um sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Die USA-Imperialisten haben z. B. bei der Vergabe von Krediten die Beschränkung des Bevölkerungswachstums gefordert. In Bukarest versuchten vor allem die beiden Supermächte, in der Abschlußerklärung die Forderung nach Beschränkung der Geburtenziffern durchzusetzen. Sie sind damit gescheitert. Gegen ihren Willen wurde festgestellt, daß die Bevölkerungspolitik eines Landes seine innere Angelegenheit ist und entsprechend den jeweiligen Bedingungen festgelegt werden muß.

Das Bevölkerungsproblem kann gelöst werden, wenn die Völker der 3. Welt gegen die Aggression und Unterdrückung der Imperialisten, besonders der beiden Supermächte kämpfen für eine neue Ordnung der internationalen ökonomischen Beziehungen, für die Unabhängigkeit und die Entwicklung der nationalen Kultur und Wirtschaft im Vertrauen auf die eigenen Kräfte.

Hetzfilm-"Chinesen in Paris"

Erfolgreiche Protestaktion der GDCF und der KPD/ML

Nach der erfolgreichen Protestaktion der KPD/ML in München gegen die Premiere des chinafeindlichen Hetzfilms „Die Chinesen in Paris" (siehe letzte Ausgabe des RM) hat die Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft (GDCF) in Westberlin mit Genossen der KPD/ML für die Absetzung des Filmes gekämpft. Auch in Bochum protestierte die Partei gegen die Aufführung des Filmes

Vom ersten Vorführungstag an wurden in Westberlin Flugblätter der GDCF gegen den Film verteilt. Am Samstag versammelten sich große Menschentrauben vor dem Kino, direkt auf dem Kurfürstendamm, und diskutierten mit den Flugblattverteilern über den Film. Farbeier wurden gegen die Filmreklame geworfen. Zwei Genossen wurden während dieser Aktion von der Polizei verhaftet. Fast jede Vorführung des Filmes wurde durch Stinkbomben gestört. Die zivilen Polizeispitzel im Kinosaal konnten aber nie herausfinden, wer sie gelegt hatte. Von diesem Tag an postierten sich bei jeder Vorführung des Filmes zwei Polizeiwagen vor dem Kino. Die Aktionen gegen den Film aber gingen trotzdem weiter. **Am Dienstag wurde der Film vom Programm abgesetzt.**

In Bochum gelang es der Partei, die Vorführung des Filmes für fast eine Stunde zu unterbrechen. ***„Antikommunistischer Dreck – dieser Film muß weg! Es lebe das rote China! Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk!"*** riefen die Genossen, als der Film begann. In einer kurzen Rede forderte ein Genosse die Kinobesucher auf, mit der KPD/ML gegen die Vorführung des Hetzfilmes zu protestieren. Laute Parolen erzwangen schließlich, daß der Film vorerst abgebrochen wurde. In der Diskussion mit den Zuschauern wurde auch auf das Argument eingegangen, man müsse sich erst einmal den Film ansehen, bevor man urteilen könne: Bereits die Art der Ankündigung des Filmes zeigt, daß er sich gegen die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk richtet, daß er das sozialistische China als aggressive sozialimperialistische Macht verleumdet.

Als schließlich, vom Kinobesitzer gerufen, Polizei erschien und den Genossen drohte, sie zu verhaften, forderten die Genossen die Kinobesucher auf, mit ihnen den Saal zu verlassen.

Vor dem Kino, wo inzwischen Polizisten mit Knüppeln Stellung bezogen hatten, riefen die Genossen erneut Parolen und protestierten gegen den Film. Sie setzten durch, daß das Eintrittsgeld an die zurückgezahlt wurde, die die Vorführung verließen.

Wie wenig Widerhall dieser gemeine Hetzfilm unter der Bevölkerung findet, zeigte die Zuschauerzahl: nicht mehr als 30 bis 40 Zuschauer waren zu der Vorstellung gekommen.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen ‚Roter Morgen', Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen ‚Roter Morgen', Stresemannstr. 110. Tel 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL:
Buchladen ‚Roter Morgen', Reeperbahn 13. Tel: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen ‚Roter Morgen', Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di, 16.00 – 18.30 Uhr, Do, 16.00 – 18.30 Uhr, Sa, 9.00 – 13.00 Uhr, Tel.: 0621/37 67 44

MÜNCHEN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 8 München 3. Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen ‚Roter Morgen', Haußmannstr. 107. Tel: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14. 00 Uhr.

Berichtigung:

Der Artikel „Rettet das Lopautal" im ROTEN MORGEN 34/74 enthält verschiedene sachliche Fehler. Die Schule des Dorfes Lopau ist seit längerer Zeit außer Betrieb, sie dient heute als Unterkunft und Aufenthaltsort für die Soldaten des Truppenübungsplatzes. Von der NATO vertrieben, müssen die Schüler jetzt Schulen in den umliegenden Dörfern besuchen. Wir hatten in dem Artikel weiter geschrieben, daß die Bauern von Lopau über die geplante Zerstörung des Dorfes empört sind. Empört haben sich vor allem die Bauern in den Dörfern Ehlbeck und Wulfsode. In Lopau selbst sind die Bauern schon fast vollständig von der NATO vertrieben worden. Es gibt dort nur noch einen Hof, der bewirtschaftet ist. Diese Fehler sind auf unvollständige und mißverständliche Berichterstattung an den ROTEN MORGEN zurückzuführen. Die Redaktion bittet aus diesem Anlaß alle Freunde und Genossen, bei Berichten und Korrespondenzen an den ROTEN MORGEN auf genaue und vollständige Informationen zu bauen. Die politischen Aussagen des Artikels ändern sich durch die beiden genannten Fehler nicht.